

WIRTSCHAFTSforum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

Ist Eigentum noch leistbar? Baukosten steigen astronomisch



Schwerpunkt – Seite 4
Die Hütte brennt im Wohnungsbau

**Beschleunigen.
Erleichtern.
Möglichmachen**



Schwerpunkt – Seite 8
Ministerin Nicole Razavi

**Warum sind die
Baukosten so
gestiegen**



Schwerpunkt – Seite 10
Erreichbarkeit von Wohnraum im Eigentum?



MIT Land – Seite 36
MIT bei der Vorsitzendenkonferenz

Inhalt



Zukunft des Hausbaus in Europa:
Nachhaltigkeit und Innovation bei WeberHaus

3 Vorwort

Schwerpunkt

- 4 Die Hütte brennt im Wohnungsbau – Unvermindert rasante Talfahrt der Baunachfrage
- 8 Beschleunigen. Erleichtern. Möglichmachen.
- 10 Warum sind die Baukosten in den letzten Jahren so gestiegen oder die Erreichbarkeit von Wohnraum im Eigentum?
- 12 Alle reden vom Bau – aber niemand investiert
- 16 Wirtschaftliche Betrachtung der baupolitischen Vorgaben
- 18 Zukunft des Hausbaus in Europa: Nachhaltigkeit und Innovation bei WeberHaus
- 22 Ein Moratorium reicht nicht
- 24 Die Grundsteuer B wird zur getarnten Vermögenssteuer!
- 26 Ausschuss berät über Potenziale durch Sanierung von Wohngebäuden der 1950er bis 1970er Jahre
- 28 Zukunft der Häuslebauer

Aus den Kreisen & Bezirken

- 30 Aktuelles aus Baden-Württemberg



MIT Kreis Konstanz: Podiumsdiskussion zur aktuellen Baupolitik und bezahlbarem Wohnraum

MIT Land

- 36 MIT bei der Vorsitzenden-konferenz und dem Media sommer der CDU
- 38 „Ich bin neu in der MIT, weil ...“
- 39 Die Planwirtschaft von Agora Agrar für Küchen, Kantinen und Bauernhöfe
- 41 Notwehrmaßnahme Bürokratieboykott?

Europa

- 42 Brüssel in the Making

Wirtschaft

- 44 Risiken erkennen und Sicherheit schaffen
- 46 Innovationen und Trends der Sicherheitsbranche
- 48 Einladung zum 1. Mittelstandsforum bei „Schwenk Zement“ mit Wolfgang Bosbach am 05.11.24 19 Uhr

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... wir nur mit einem starken, aktiven Mittelstand der nächsten Generation das weitergeben können, was unsere Eltern und Gründer erschaffen haben.“



Sven Heuschele
Grundstücks- und Immobilienfachwirt
DEKRA Sachverständiger für
Immobilienbewertung
MIT Bietigheim-Bissingen

„... wir den Mittelstand wieder stärker in den Fokus rücken müssen. Er ist das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft.“



Patrick Nauer
Geschäftsführer
MIT Rhein-Neckar

„... ich bin überzeugt bin, dass ein starker Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet und Impulse für Innovation und Wohlstand setzt.“



Zafer Özcan
Unternehmer
MIT Ludwigsburg

Nach dem Studium der Werbewirtschaft studierte Sven Heuschele Grundstücks- und Immobilienwirtschaft, machte eine Ausbildung zum DEKRA Sachverständigen und viele weitere Fortbildungen.

Seit 1990 war im Familienbetrieb Heuschele-Immobilienberatung tätig und wurde zum Leiter der Sven & Heuschele GbR. „Ich bin neu in der MIT“ ist seit über 10 Jahren sein Lebensmotto und er geht

Patrick Nauer ist Inhaber der UHC GmbH, die sich auf die Herstellung von Reha-Hilfsmitteln spezialisiert hat.

Nach seinem Betriebswirtschaftsstudium und einer erfolgreichen Karriere in der Logistik entschied er sich für einen beruflichen Neustart.

Inspiziert durch persönliche Erfahrungen gründete er 2016 die UHC GmbH. Sein Credo: „Jeder Mensch hat es verdient,

Zafer Özcan ist Unternehmer mit umfassender Erfahrung im Finanzwesen und engagiert sich in verschiedenen Bereichen wie Altbaumodernisierung, Sanierungsberatung, Photovoltaik und Immobilien.

Sein Ziel ist es, nachhaltige Lösungen zu fördern, die ökonomischen und ökologischen Nutzen vereinen.

Er glaubt fest daran, dass wir durch innovative Ansätze und Zusammenarbeit die Heraus-

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

- 49 Inserentenverzeichnis / Marktplatz
- 50 MIT vor Ort / Impressum
- 51 Mitglied werden

Liebe Mittelständlerinnen, liebe Mittelständler, liebe Leserinnen und liebe Leser,

Die Zeiten, in denen jede Generation auf ein besseres Leben als ihre Eltern hoffen konnte, sind offenbar vorbei. Lange war es in Deutschland klar, dass sich Wohlstand durch Fleiß und Bildung stetig vermehrt. Gute Ausbildung und ein sicherer Arbeitsplatz – viel mehr schien nicht nötig, um auch den Traum vom eigenen Heim zu ermöglichen. Doch für immer mehr junge Menschen bleibt dieser Traum heute unerreichbar, sogar bei Unterstützung der Eltern.

Steigende Baukosten und Inflation, immer mehr Auflagen und Bürokratie, z. T. auch ideologische Kampagnen gegen Einfamilienhäuser und Doppelhaushälften haben dazu geführt, dass nicht nur der Bau von Eigenheimen unbezahlbar, sondern auch der neuen Wohnungen nur noch zu überhöhten Mietrentabel erscheint. Seit 2021 hat sich die Zahl der Baugenehmigungen nahezu halbiert. Der Wohnungsbau steht vor einer Krise, wie sie in diesem Jahrzehnt noch nicht erlebt wurde – und das in einer Zeit, in der Deutschland durch Zuwanderung, allein 2022 und 2023 in der Summe mehr als 2 Millionen Menschen, einen enormen Wohnraumbedarf hat. 400.000 Wohnungen pro Jahr wären das Minimum, aber gemessen an den Zahlen von Januar bis Juli 2024 werden es wohl fürs Gesamtjahr gerade 200.000 werden.

Aber der Kollaps in der Baubranche ist symptomatisch für die wachsende Schwäche der deutschen Wirtschaft. Großunternehmen wie Intel und VW verlagern ihre Investitionen ins Ausland, Arbeitsplätze werden abgebaut, Fabriken geschlossen. Der deutsche Mittelstand, einst Rückgrat unserer Wirtschaft, steht unter massivem Druck. Die aktuelle Regierung steuert das Land in eine wirtschaftliche Sackgasse, während die Wähler zunehmend unzufrieden sind.

Deutschland war einst die Lokomotive der europäischen Wirtschaft, doch heute wirkt es mehr und mehr als Bremse. Der Weg aus dieser Krise erfordert gezielte Maßnahmen: Wir brauchen keine unkontrollierte Zuwanderung in die Sozialsysteme, sondern eine gezielte Anwerbung qualifizierter Fachkräfte und eine bessere Nutzung inländischer Potenziale.

Die MIT fordert bereits seit über einem Jahr die Senkung der Mehrwertsteuer auf Baustoffe und Bauleistungen auf 7 %, um den Bau dringend benötigter Wohnungen zu beschleunigen. Inzwischen kommt sogar die Ampel nicht mehr darum herum, Bauerleichterungen zu versprechen. Es soll mehr Innenbebauung und Nachverdichtung geben oder beschleunigte und vereinfachte Anträge.



Inka Sarnow, stellvertretende Landesvorsitzende der MIT Baden-Württemberg

Aber all das ist zu wenig und zu spät. Die Menschen müssen wieder Vertrauen in die Wirtschaft fassen. Das kann aber nur passieren, wenn die Union mit ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich

Merz die Regierungsverantwortung übernimmt. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Leistung wieder lohnt, Steuern gesenkt, Bürokratie abgebaut und die Wirtschaft ohne ideologische Bremsen handeln kann.

Leider herrscht in Berlin immer noch Realitätsverweigerung. Habeck lässt sich für eine „Energiewende“ feiern, aufgrund derer der Netto-Strom-Exporteur Deutschland inzwischen auf Importe angewiesen ist. Diese und viel zu vielen falschen Weichenstellungen der Ampel müssen korrigiert werden, um die Zukunft unseres Landes und unserer Wirtschaft zu sichern. Dann kann Deutschland wieder kräftig wachsen, egal ob im Wohnungs- oder Automobilbau, egal ob in Industrie oder Mittelstand.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Inka Sarnow

Die Hütte brennt im Wohnungsbau – Unvermindert rasante Talfahrt der Baunachfrage

Baubranche fordert
energische Gegen-
maßnahmen der Politik



Die Bauwirtschaft fordert ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Belebung der Bautätigkeit.

Thomas Möller, Hauptgeschäftsführer der
Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V.



Die Bauwirtschaft kämpft derzeit mit deutlichen Umsatzrückgängen. Vor allem die desolante Situation im Wohnungsbau belastet die baukonjunkturelle Entwicklung. Um die Baunachfrage zu beleben und die grassierende Wohnungsnot zu lindern, müssen Bund und Land entschlossen gegensteuern.

Die Bauwirtschaft zieht für das erste Halbjahr 2024 eine unbefriedigende Bilanz. Über alle Sparten hinweg musste

die Branche einen Umsatzrückgang von nominal 3,7% hinnehmen. Negativ wirkt sich insbesondere der anhaltende starke Abwärtstrend im Wohnungsbau aus. Hier gingen die Umsätze in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 13,6% zurück. Die insgesamt schwache Entwicklung der Auftragseingänge lässt auch für die nahe Zukunft kaum Besserung erwarten. Im gesamten Baugewerbe war von Januar bis Juni 2024 ein leichter Auftragsrückgang von 0,2% zu verzeichnen. Im Wohnungsbau sank die Nachfrage um 6,8%. Inzwischen ist die Wohnungsbaukrise für viele Baubetriebe zu einer existenziellen Bedrohung geworden. Von Januar bis Juni 2024 gab es insgesamt 102 Insolvenzen im baden-württembergischen Bauhauptgewerbe - ein Anstieg um 27,5% im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig lag die Zahl der Arbeitslosen im Bauhauptgewerbe im August 2024 um 13% höher als ein Jahr zuvor.

Trotz hohen Baubedarfs keine konjunkturelle Aufhellung in Sicht

Ein Ende der Krise im Wohnungsbau zeichnet sich derzeit nicht ab. So sind die Wohnungsbaugenehmigungen im ersten Halbjahr 2024 mit -39% weiter stark gesunken. Dies lässt für den Herbst und Winter einen weiteren Nachfragerückgang erwarten. Paradox ist, dass die Bautätigkeit stark schrumpft, während gleichzeitig ein hoher Neubaubedarf besteht. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW



Die Auftragslage im Wohnungsbau hat sich in den vergangenen Monaten deutlich eingetrübt.

Köln) beziffert in einer aktuellen Studie den Bedarf an neuen Wohnungen in Baden-Württemberg für den Zeitraum 2021 bis 2025 auf 53.100 pro Jahr. Die tatsächlichen Fertigstellungszahlen liegen jedoch viel niedriger und werden wegen der lahmen Konjunktur voraussichtlich weiter zurückgehen. Laut IW Köln wurden von 2021 bis 2023 lediglich 78 Prozent der benötigten Wohnungen gebaut. Grund für den hohen Wohnungsbedarf ist der anhaltende Bevölkerungszuwachs durch die starke Zuwanderung. Aufgrund der viel zu geringen Neubautätigkeit besteht die Gefahr, dass sich die vielerorts herrschende Wohnungsnot weiter verschlimmert. Der Anstieg der Mietpreise dürfte sich ungebremst

fortsetzen. Um soziale Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern, muss die Politik handeln!

Konkrete Forderungen der Aktionsgemeinschaft für den Wohnungsbau

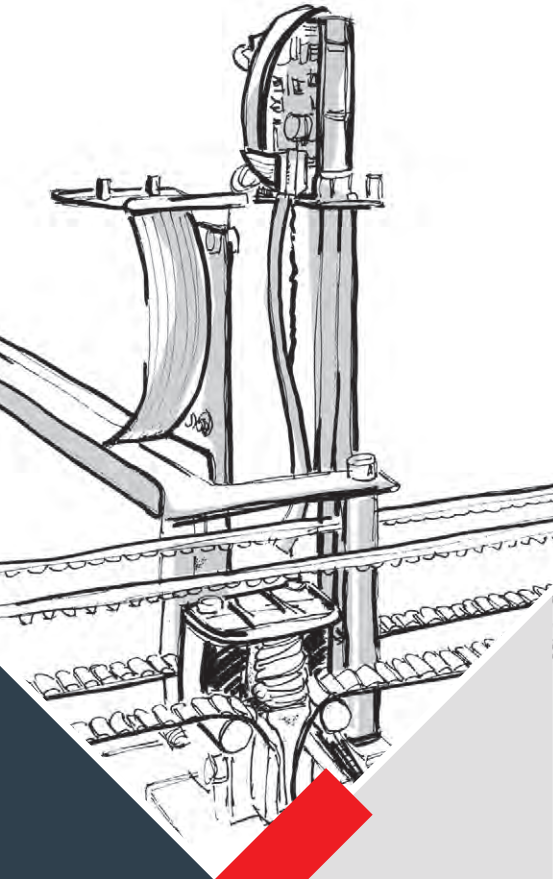
Bund und Land haben bisher viel zu zögerlich auf die Wohnungsbaukrise reagiert. Die eingeleiteten Maßnahmen wie die Einführung einer degressiven Abschreibung oder die von der Landesregierung vorangetriebene Digitalisierung baurechtlicher Verfahren („Virtuelles Bauamt“) reichen bei weitem nicht aus, um der Bautätigkeit den notwendigen Schub zu geben. Das breite



SCHLEITH

BAUT IN DER REGION

WALDSHUT-TIENGEN | STEISSLINGEN | RHEINFELDEN | UMKIRCH | ACHERN | MANNHEIM | KARLSRUHE



- **Feinmechanische Präzisionsteile**
 - CNC Fräsen
 - CNC Drehen
- **komplexe Baugruppen- und Gerätefertigung**

Leidenschaft für Präzision

GENTHNER SystemTechnologie begleitet seine Kunden vom Prototypen über die Großserie bis hin zum Ersatzteil und ist Systemlieferant von Spitzenherstellern im gehobenen Marktsegment der Medizintechnik.

Profitieren Sie von unseren hochwertigen Fertigungseinrichtungen, umfangreicher Qualitätstechnik sowie unserer langjährigen Erfahrung.

GENTHNER SystemTechnologie GmbH
Gewerbestraße 40
75217 Birkenfeld-Gräfenhausen
Tel. +49 7082 79182-0 · info@genthner.com

www.genthner.com



Trotz des Wohnungsmangels ist die Zahl der Baugenehmigungen weiter stark rückläufig.

Bündnis „Impulse für den Wohnungsbau“, dem zahlreiche Verbände und Organisationen der Bauwirtschaft angehören, hat deshalb in den vergangenen Monaten mit öffentlichkeitswirksamen politischen Aktivitäten auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam gemacht. Zuletzt haben 26 Institutionen der Baubranche am 9. September gemeinsam ein Forderungspapier mit konkreten Lösungsvorschlägen veröffentlicht, das sich vor allem an die Landtagsabgeordneten richtet.

Als Reaktion hat die Landesregierung inzwischen ein zentrales Anliegen der Bauwirtschaft aufgegriffen und eine Erhöhung der Wohnraumförderung auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro im Doppelhaushalt 2025/2026 angekündigt. Damit steigt der Landesanteil an der sozialen Wohnraumförderung gegenüber diesem Jahr um mehr als 76%. Das ist ein wichtiger Schritt und ein Erfolg für die Bauwirtschaft und alle Wohnungssuchenden. Darüber hinaus sind aus Sicht der Baubranche folgende Maßnahmen dringend umzusetzen:

Senkung der Grunderwerbsteuer:

Die Grunderwerbsteuer muss in einem ersten Schritt schnellstmöglich wieder

auf das frühere Niveau von 3,5% reduziert werden. Wenn der Bund, wie angekündigt, weitere Möglichkeiten zur Senkung der Grunderwerbsteuer schafft, sollte das Land diese Chance nutzen.

Verbesserung der Förderbedingungen im freifinanzierten Wohnungsneubau:

Zur Überwindung der Wohnungsbaukrise fordert die Bauwirtschaft Baden-Württemberg eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der KfW-Förderprogramme im Neubaubereich. So müssen die Zinssätze in den KfW-Programmen gesenkt werden. Zudem sollten alle Förderprogramme auch Gebäude mit dem energetischen Standard EH 55 einbeziehen.

Abbau bürokratischer Hürden:

Eine überbordende Bürokratie, zahlreiche Gesetze und Verordnungen sowie überzogene Standards hemmen Bauinvestitionen und erhöhen die Baukosten. Zur Ankurbelung der Bautätigkeit ist daher eine umfassende Deregulierung unerlässlich. Die Vielzahl der Vorschriften sollte auf das wirklich Notwendige reduziert wer-



Die Wohnungsbaukrise bedroht die Existenz zahlreicher Bauunternehmen.

den. Die geplante Einführung des Gebäudetyps E sowie die von der Landesregierung beabsichtigte Novellierung der Landesbauordnung sind Schritte in die richtige Richtung.

Die Bauwirtschaft wird sich weiterhin mit Nachdruck für bessere Rahmenbedingungen im Wohnungsbau einsetzen. Klar ist: Nur mit mutigen Reformen können die Weichen für eine

bedarfsgerechte Bautätigkeit und damit für eine erfolgreiche Bekämpfung der Wohnungsnot gestellt werden.

Info: www.bauwirtschaft-bw.de

Thomas Möller,
moeller@bauwirtschaft-bw.de,
bauwirtschaft-bw.de

AKTUELLE WIRTSCHAFTSLAGE UND ZUKUNFTSAUSSICHTEN Eine Einschätzung der Firma Wiha aus Schonach

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands steht durch gravierende Fehler in der Energiepolitik unter erheblichem Druck. Die geplante Energiewende, die bis 2045 umgesetzt werden soll, wird Kosten von rund 1.100 Milliarden Euro verursachen. Schätzungen des Beratungsunternehmens McKinsey zufolge könnten die Gesamtkosten sogar auf bis zu 6.000 Milliarden Euro steigen. Diese immense finanzielle Belastung bedroht den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Deindustrialisierung schreitet voran.

Erneuerbare Energien wie Windkraft und Photovoltaik sollen das Rückgrat der Energiewende sein, doch sie sind wetterabhängig und volatil. Bereits heute müssen überschüssige Kapazitäten abgeregelt oder zu negativen Preisen ins Ausland geliefert werden, was den deutschen Staatshaushalt jährlich mit etwa 23 Milliarden Euro belastet. Diese Kosten werden voraussichtlich weiter steigen. Mal gibt es zu viel, mal zu wenig Ökostrom.

Um die Versorgungssicherheit trotz der Schwankungen der erneuerbaren Energien zu gewährleisten, sind fossile Backup-Kraftwerke unerlässlich. Diese Kraftwerke sollen zunächst mit Erdgas und später mit Wasserstoff betrieben werden, während die Kohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet werden. Allerdings müssen sowohl die erneuerbaren Energien als auch die fossilen Kraftwerke im Stillstand subventioniert werden, um wirtschaftlich betrieben werden zu können – eine Entwicklung, die die Strompreise in die Höhe treibt.

Eine mögliche Lösung sind kleine, modulare Kraftwerke, die schnell aufgebaut werden können und später CO₂-freie Energie liefern. Besonders die von Copenhagen Atomics entwickelten Kernkraftwerke der vierten Generation bieten vielversprechende Perspektiven. Diese kompakten Anlagen mit einer Leistung von 100 MW sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in der Lage, langlebigen Atommüll zu vernichten. Zudem werden sie sicher sein.

Wilfried Hahn, der Autor dieser Einschätzung ist Geschäftsführer der Wiha Group und Aufsichtsrat bei Copenhagen Atomics. Er ist auch Autor des Buches „Kernenergie Jetzt?! – Warum uns die Energiewende Wohlstand und Frieden kostet.“

WAS KÖNNTEN SIE TUN?

1. Setzen Sie sich für das Ende der Subventionierung und Vorrangversorgung erneuerbarer Energien ein.
2. Fördern Sie kleine, modulare Kraftwerke, zertifiziert nach einem Baukastensystem und unterstützen Sie damit die Initiative des Unternehmerdialogs „Energiepolitik“ des Wirtschaftsrates Baden-Württemberg der CDU.
3. Fördern Sie den Wiedereinstieg in die moderne Kernenergie.



Wilfried Hahn
Geschäftsführer der Wiha Group und
Aufsichtsrat bei Copenhagen Atomics

„Kernenergie jetzt?! – Warum uns die Energiewende Wohlstand und Frieden kostet!“



Beschleunigen. Erleichtern. Möglichmachen.



Das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft ist, sich mit Leistung und der eigenen Hände Arbeit Wohlstand erarbeiten zu können. Millionen Menschen möchten sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen. Denn eine sichere und bezahlbare Wohnung ist weit mehr als ein Dach über dem Kopf: Ein Eigenheim bietet das gute Gefühl, angekommen zu sein. Das hat auch eine soziale Außenwirkung. Denn wer langfristig mit dem eigenen Wohnort verbunden ist, bringt sich auch stärker im lokalen Umfeld ein. Außerdem ist eine abbezahlte, selbst genutzte Wohnimmobilie immer noch die beste Versicherung gegen Altersarmut. Im EU-weiten Vergleich ist für Deutschland mit weniger als 50 Prozent Eigentumsquote jedoch noch deutlich Luft nach oben.

Dass der Traum von den eigenen vier Wänden lebt, zeigt eine Studie des Instituts für Zukunftspolitik: demnach wollen 87 Prozent der 14- bis 19-Jährigen später einmal in den eigenen vier Wänden wohnen. Das sagt. Diesen Wunsch nehmen wir ernst und helfen in Baden-Württemberg – im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung – jungen Familien beim Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie. Über 2.000 Familien im Land profitierten dadurch in den vergangenen zwei Jahren von zinsverbilligten Darlehen, um sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Der wichtige Nebeneffekt: Selbstnutzende Eigentümer machen Mietwohnraum frei und entlasten den Mietmarkt. Deshalb bedeutet Eigentumsförderung doppelten Nutzen.

Nicole Razavi MdL, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen

Wir müssen über die Grunderwerbsteuer sprechen

Bei der Kalkulation für den Immobilienkauf sind natürlich auch die Erwerbsnebenkosten ein Thema. Dabei müssen wir vor allem über die Grunderwerbsteuer sprechen. Dass ausgerechnet der Staat an der Preisexplosion bei Immobilien über die Grunderwerbsteuer kräftig mitverdient, das geht gar nicht. Als Bauministerin bin ich der Meinung, dass wir auch über eine Absenkung der Grunderwerbsteuer reden müssen. Beim Ersterwerb von Wohneigentum könnten wir für junge Familien zum Beispiel über Freibeträge noch weiter entlasten. Dafür müsste aber zunächst der Bund eine Möglichkeit im Grunderwerbsteuerrecht auf Bundesebene zur flexiblen Senkung der Steuer schaffen. Dies hat er bislang leider nicht getan.

Bezahlbares Wohnen ist eine Standortfrage

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen Fragen unserer Zeit. Für uns in Baden-Württemberg ist es sogar eine Standort- und Zukunftsfrage. Denn gut



Textilwerke Todtnau Bernauer GmbH & Co. KG
Ihr Ansprechpartner für technische Textilien!



Textilwerke Todtnau Bernauer GmbH & Co. KG
Schwarzwaldstr. 5a
D-79674 Todtnau

Tel.: +49 7671 9117 0
Fax: +49 7671 9117 40

E-Mail: info@beratex.com
www.beratex.com



ausgebildete junge Menschen werden nur dort hingehen, wo sie auch bezahlbaren Wohnraum finden. Wenn wir also in der Wohnraumfrage nicht liefern können – dann droht uns schon allein deshalb ein schmerzhafter „Brain-Drain“. Das wäre für das Wirtschafts- und Innovationsland Baden-Württemberg und für unser gesamtes Wohlstandsmodell keine gute Aussicht.

Doch die Lage in der Bau- und Wohnungswirtschaft ist aktuell leider so schwierig wie seit Jahrzehnten nicht: Inflation, Fachkräftemangel, Lieferengpässe, Zins-sprünge – all das ergibt eine toxische Mischung. Unternehmen treten von Projekten zurück, und viele private Bauherren überlegen es sich zweimal, ob sie bauen wollen oder können. Alles kommt in einen zentralen Befund zusammen: Wohnungsbau rechnet sich aktuell für niemanden mehr. Davor hat die Ampel-Regierung in Berlin viel zu lange die Augen verschlossen. Sie hat im Gegenteil die Anforderungen ans Bauen und Sanieren immer weiter verschärft und Bauwillige verunsichert und abgeschreckt.

Soziale Wohnraumförderung verdoppelt

Wir in Baden-Württemberg handeln dort, wo wir es können: Wir haben zum

Beispiel die Mittel für die soziale Wohnraumförderung in meiner Amtszeit mehr als verdoppelt und das Programm deutlich attraktiver gemacht. Die Nachfrage – sowohl beim Bau von Sozialwohnungen als auch bei der Eigentumsförderung – ist enorm. Deshalb kämpfe ich in den aktuellen Verhandlungen für den nächsten Landeshaushalt um noch einmal deutlich mehr Mittel für die Wohnraumförderung. Damit Geld da ankommt, wo es gebraucht wird.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Förderung ist nur das eine. Ich bin überzeugt: Wollen wir wieder neue Dynamik im Wohnungsbau erzeugen, müssen wir unbedingt schneller und effizienter werden. Es muss alles auf den Prüfstand, was Bauen erschwert, verteuert, ausbremst. Für mich ist daher ein Leitmotiv unserer Arbeit: Beschleunigen. Erleichtern. Möglichmachen.

Bauen muss wieder schneller und damit auch günstiger werden

Deshalb sind wir gerade dabei, den digitalen Bauantrag in Baden-Württemberg einzuführen- ein großer Fortschritt für Bauwillige und Behörden. Außerdem werden wir die Landesbauordnung umfassend reformieren. Ziel

ist es, dass diese Reform im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten kann. Daran werden wir alles setzen. Denn wenn wir wollen, dass mehr gebaut wird, dann müssen wir die Signale klar auf „Go!“ stellen. Schon oft wurden Bauvorschriften geändert. Im Ergebnis hatten die Bauherren aber meist mit mehr Vorschriften zu kämpfen. Mit unserer LBO-Reform wollen wir den Hebel umlegen. Wir wollen das ganze System von „Kontrolle“ auf „Ermöglichen“ umstellen und beim Bauen endlich wieder Bremsen lösen. Dafür vereinfachen und beschleunigen wir die Verfahren. Die LBO hat nicht die Aufgabe, Goldstandards zu setzen, sondern Mindeststandards zu sichern. Die Frage bei den Bauvorschriften muss immer sein: Was brauchen wir wirklich?

Mein klares Ziel ist, dass Bauherren schneller, leichter und mit weniger Papierkrieg zu ihrem Baurecht kommen. Bauen muss schneller und damit auch günstiger werden. Nur so bringen wir den Wohnungsbau wieder in Schwung. Denn jede Wohnung zählt! ■

Nicole Razavi MdL,
nicole.razavi@cdu.landtag-bw.de,
nicole-razavi.de

Als einer der großen Komplettanbieter in Süddeutschland entwickeln wir Superkräfte rundum Neubau, Sanierung und Wartung Ihrer Gebäudehülle. Mehr dazu im Internet:

www.gebrueder-rueckert.de

**FLACHDACH. FASSADE.
PHOTOVOLTAIK. FANTASTISCH.**



GEBRÜDER RÜCKERT

Warum sind die Baukosten in den letzten Jahren so gestiegen oder die Erreichbarkeit von Wohnraum im Eigentum?

Wohnraum im Eigentum ist für viele Menschen in weite Ferne gerückt.



Joachim Fauser, Beisitzer im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg und Bezirksvorsitzender der MIT Württemberg-Hohenzollern

Es gibt viele Gründe, warum dies so ist. Zuerst stellt sich die Frage, warum die Baukosten sich so stark erhöht haben.

Die Baukosten haben sich laut Statischem Bundesamt vom Jahr 2010 bis 2022 um 64% erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Inflationsrate um 25%. Der Häuserpreisindex hat in diesem Zeitraum um rund 94% für Grundstück und Gebäude verteuert, dieser Wert resultiert aus Verkäufen in diesem Zeitraum. Für selbst genutztes Wohnungseigentum ist der Preisindex von 2010 bis 2022 um 68% gestiegen.

Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

In dem o.g. Zeitraum konnten sich die Baustoffhersteller und der Vertrieb sehr große Preiserhöhungen Ihrer Bauprodukte erlauben, ebenso der Baustoffhandel und die Bauunternehmungen konnten fast jeden Preis erhalten. Durch den Fachkräftemangel war der Bauherr oder Bauträger dankbar, wenn der Auftrag überhaupt abgearbeitet wurde. Dies war nur durch den niedrigen Zins für Baufinanzierungen möglich. Dazu kam noch eine Verknappung von Baugrundstücken, welche auch den Preis der Grundstücke weiter nach oben schnellen lies. Selbst die meisten Kommunen verkauften und verkaufen immer noch Bauland, welches in ihrem Besitz ist, zu den üblichen Marktpreisen. Dann kam ab dem Jahr 2023 die Anhebung des Leit-zinses durch die Europäische Zentralbank. Ab diesem Zeitpunkt

war das Bauen oder Kaufen von Gebäuden oder Wohnungen für viele auch mit guten Einkommen nicht mehr möglich.

Ein weiterer Grund für die Erhöhung der Baukosten in den letzten Jahrzehnten, sind die Ansprüche, welche heute an ein Gebäude gestellt werden. Die Gebäude mussten vom Gesetzgeber aus immer mehr im energetischen Sinne weiterentwickelt werden. Dadurch erhöhten sich die Außenwanddicken bzw. die Dicke der Wärmedämmung. Es wurden aufwendigere Heizungen eingebaut. Teilweise kam noch eine Lüftungsanlage dazu etc.. Viele Dinge, welche immer komplexer wurden. Im Elektrogewerk (wie Bussysteme etc.) verteuerten diese Arbeiten um ein Vielfaches. Also nicht nur der Gesetzgeber sondern auch unser Anspruch an Gebäude hat zu einer Verteuierung geführt.

Der Gesetzgeber sollte die Möglichkeit eröffnen, einfacher zu bauen. Man sollte die Möglichkeit zur einfachen Nachrüstung bieten, um die Bezahlung der Baukosten in der ersten Phase für das Erlangen einer Wohnung oder eines Gebäudes möglich zu machen.

Ein wichtiger Punkt ist natürlich, dass der Gesetzgeber hier Möglichkeiten schafft und sich von manchen Dingen verabschiedet, die bisher gefordert werden, um die Möglichkeit einfacherer Gebäude zu ermöglichen. Man muss nun prüfen, welche Punkte im Rahmen des Klimaschutzes möglich sind. Unter den derzeit geltenden Bedingungen ist zurzeit kaum ein Neubau möglich, da keine Abnehmer, also kein Bauherr oder Bauträger da ist, der das bezahlen kann und auch will.

Wenn wir billigere Baustoffe verwenden um die Kosten zu senken z. B. Außenwanddämmungen aus Schaumstoffplatten wie z. B. Styropor etc. statt eine Dämmung auf mineralischer Basis, gefährden wir evtl. unsere Gesundheit. Siehe nachführende Ausführungen.

Bei einem Wandaufbau mit z.B. Styropor, ist der bauphysikalische Wärmefluss von Feuchtigkeit und Wärme nicht immer gewährleistet. Es besteht die Gefahr, dass der Durchfluss in der Wand größer ist als bei dem Dämmmaterial, somit kommt es zum Stau zwischen Wand und Dämmmaterial. Die Temperatur ist in diesem Bereich niedriger als im Innenraum des Gebäudes. Somit gibt die Luft in diesem Bereich Feuchtigkeit ab, es kommt also zum Ausfall von Tauwasser. Es kann also hier zu Schimmelbildungen kommen zwischen Mauerwerk und Dämmung und somit evtl. auch zu einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Bewohner.

Daher ist es besser Dämmsteine in entsprechender Wanddicke zu verwenden. Dies senkt auch die Baukosten. Eventuell muss man einen etwas schlechteren Dämmwert akzeptieren. Zu einem späteren Zeitpunkt kann dann auch mit Dämmstoffen aus mineralischen Materialien gedämmt werden, denn hier tritt das Problem des Tauwasserausfalls nicht auf, da hier die Wärme und Feuchtigkeit besser transportiert werden. Somit sind die Baukosten in der 1. Bauphase niedriger und die Verbesserung kommt erst später, wenn der Bauherr wieder etwas flüssiger ist.

Dies war nur ein Beispiel, welches das Ergänzen mit besserem Material später sinnvoll macht, um entsprechende Dämmwerte für den Klimaschutz zu ermöglichen.

Wir brauchen Gebäude, die dauerhaft sind, geringe Unterhaltungskosten haben und auch hierfür wenig an Ressourcen benötigen, denn das wäre auch wieder weiter gedacht für unser Klima gut. Somit ist bei Gebäuden aus Holz zumindest einmal ein dickes Fragezeichen zu setzen z.B. Unterhaltung von Holzfassaden und auch in Bezug auf den Brandschutz bei Geschossbauten.

Es wird bestimmt nicht den idealen Vorschlag geben, aber alle Beteiligten, vor allem der Gesetzgeber müssen die Anforderungen überdenken und deutliche Abstriche vornehmen, welche zur Baukostensenkung führen. Das betrifft auch die Planung. Auch hier müssen alle Standards überdacht werden, mit der Aufgabe die Baukosten zu senken.

Die Baustoffhersteller und Baustofflieferanten einschließlich der Bauunternehmer haben hier in den letzten Jahren dicke



sixt
**Pressteile
Presswerkzeuge**
Ihr Partner... von der
Entwicklung bis zur Serie.
www.sixt-gmbh.de
Sixt GmbH Rudolf-Diesel-Str. 1 · 71106 Magstadt

Aufschläge gefahren, diese müssen bestimmt deutlich zurückgenommen werden oder entsprechende Nachlässe gegeben werden. Wenn alle zusammenwirken, wird auch das Gebäude von morgen für Bauherren wieder erschwinglich werden. Es kann sich aber niemand auf seiner bisherigen Auffassung ausruhen, sondern muss sich deutlich bewegen.

Dies gilt auch für die energetische Nachrüstung der Bestandsgebäude. Die Vorstellung von dem Gesetzgeber wird nicht umsetzbar sein. Auch hier sollten wir auf eine gute dauerhafte Sanierung setzen und nicht auf eine mit schlechten Baustoffen oder auf Sanierungen, die eine teure und aufwendig Unterhaltung nach sich ziehen.

Also wir brauchen auch für die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden etc. einen viel längeren Sanierungszeitraum. Denn das Ganze muss auch finanzierbar sein, dies gilt auch für den Neubau von Gebäuden.

Bei der Sanierung von Bestandsgebäuden sollten wir uns zuerst mal folgende Gedanken machen:

Wer kann was wann machen?

Wie viel Zeit benötigen wir für die Umsetzung?

Und die ganze entscheidende Frage: Wer kann wann was bezahlen?

Dann können wir Regeln und Gesetze machen, wann was fertig sein soll. Wir können nicht Termine festsetzen ohne die vorherigen Überlegungen, denn dann scheitert das Ganze, wie wir gerade feststellen.

Wir sollten alle unsere Ansprüche etwas zurücknehmen, vor 20 und 30 Jahren haben wir auch schon sehr gut gewohnt.

Im Übrigen noch zur Wertung von der EU der Bestandsgebäude. Deutschland hat einen viel besseren Standard als viele Länder in der Europäischen Gemeinschaft - nur wir haben keine bessere Einstufung der Gebäude in E und D als die anderen Länder. Warum das so ist, sollten wir unseren Gesetzgeber fragen. ■

Joachim Fauser,
bgs@mit-wueho.de,
mit-wueho.de

Alle reden vom Bau – aber niemand investiert



Ruth Baumann, Beisitzerin im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg
und Bezirksvorsitzende der MIT Südbaden

Man fragt sich wirklich, wie vieler Analysen oder Apellen es noch bedarf, bis endlich gehandelt wird. Der Bau, nicht nur der Hoch- und Tiefbau, sondern auch die weiteren Gewerke (Sanitär, Elektro usw.) galt seit alters her als der Motor wirtschaftlicher Aktivität. Natürlich kann man diese Erkenntnis, wie vieles, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, hinterfragen bzw. ignorieren. Der vergängliche Zeitgeist scheint alles zu überdecken. Dann aber, und das ist die Konsequenz, sollte man sich aber auch das halbherzige Wehklagen über fehlende Investitionen in diesem wichtigen Sektor sparen.

In der heutigen Zeit ist es schon schwer, überhaupt an ein Grundstück für das „Häusle“ oder die Wohnung zu bekommen. Gutachten, Einschätzungen und nicht zuletzt die Einwendungen von besorgten Bürgern oder Initiativen, die bereits vor einem Baugesuch stehen, machen nicht einmal vor einem Feuerwehrhaus Halt. Da ist man schnell im 6-stelligen Bereich und das ursprünglich geplante Vorhaben muss zugunsten dieser Art von Bürokratie schon erstmals gekürzt werden.

Die Finanzierungsbereitschaft der Banken fängt ebenfalls an, an den bürokratischen Fesseln der Vorgaben zu ersticken. Ist der Kreditnehmer jung genug, kann er die Rückzahlung stemmen (derartige Anforderungen gelten vornehmlich im privaten Bereich) und könnten eventuelle Fördermittel das Vorhaben erleichtern...? Wie lange dann diese Zusagen auf sich warten lassen, wissen „Fördermittelskeptiker“ schon lange. Es sind Abläufe, die der schnelllebigen Zeit keinerlei Rechnung tragen. Ferner können Fördermittel über Nacht verschwinden, was sich gerade bei der aktuellen Regierung feststellen lässt. Das Vertrauen in Fördermittel ist geschwunden, zumal deren Höhe, Auszahlung und Vorgaben keine Planungssicherheit darstellen. Für die Zukunft gilt: Planbarkeit und verlässliche Zusagen, statt

dem Nasenring eventueller Förderungen. Effekt hierbei: jeder weiß selbst am besten, welche Investition für seine Firma oder Familie zukunftsfähig sind. Er muss es nämlich selbst erarbeiten. Eigenverantwortung statt Warten auf kleine „Almosen“ von Vater Staat, konkrete investitionsfördernde steuerliche und verbindliche Abschreibungsmöglichkeiten sind besser, als Monate auf Post vom Nasenring zu warten.

Wohnungseigentum ist die verlässliche Säule der Altersabsicherung. Konkret, greifbar und ggf. auch beleihbar. Aktuell scheint man aber an vielen Orten alles daran zu setzen, diesen Plan zu torpedieren. Die Anzahl von Vorschriften und Verpflichtungen nimmt derart überhand, dass diese nicht mehr plan- bzw. finanzierbar erscheinen. Ist es wirklich wichtig, einen Bepflanzungsplan, einen Nachweis über Fahrradstellplätze, eine Vorhaltung von Wall-Boxen (nebenbei: wie sieht es mit der Brandgefahr aus?), detailliert Stell- und Parkplätze für PKW (ist das nicht Entscheidungskompetenz des Bauherrn, der dies auch zahlt) oder gar einen Kinderspielplatz vorweisen zu müssen? Spiegelt das das aktuelle Verständnis von Eigenverantwortung oder limitiert man bewusst dem Bauherrn seine Entscheidungskompetenz? Investitionen, privat oder gewerblich, müssen auch noch leistbar sein. Vor ca. 15 Jahren gab es die Forderung und Förderung von Pellet-Heizungen. Diesen folgten ca. 5 Jahr das Hype der Gasheizungen. Vor nicht all zu langer Zeit kam dann Photovoltaik und Wärmepumpen als „Muss“ auf dem Weg zur Klimaneutralität und Ausdruck bürgerlichen Wohlverhaltens. Dass ein Bestandteil von Wärmepumpen das F-Gas ist, welches die EU verboten hat, blendete und blendet man bis zum heu-



Und zu diesem Punkt muss nun ein Perspektivwechsel stattfinden: Vater Staat hat die Rahmenbedingungen für die Realisierung gesetzt und ab jetzt ist der Bauherr Herr des Verfahrens.

Der Bauherr, der ja die Finanzierungskosten auch aufbringen muss, entscheidet, ob er den späteren Nutzern die Art der Mobilität vorschreiben will bzw. kann. Er legt den Standard der Ausführung fest und wird diesen zwangsläufig bereits in Relation zur späteren Mieteinnahme sehen. Es muss endlich klar sein, dass es keinen sozialen Wohnungsbau bei angestrebten hohen Standards und teuren Erstellungskosten geben kann. Es sei denn, man opfert die Marktwirtschaft zugunsten der Planwirtschaft. Günstige Mieten sind nur durch günstiges Bauen möglich. Dies nur als kleiner Hinweis zu den anstehenden Änderungen bei der Grundsteuerberechnung.

Wenn der Bau in seinen äußeren Maßen und Kubaturen den Vorgaben des Bebauungsplanes entspricht, muss es dem Ersteller möglich sein, die Raumnutzung entsprechend zu nutzen. Was verbirgt sich hinter diesem sperrigen Satz? Es gab eine Zeit, in der Einfamilienhäuser für Familien mit Kindern gefördert wurden. Mit einem Knackpunkt: es durften keine weiteren „Einliegerwohnungen“ oder gar ein ausbaufähiges Dachgeschoß vorhanden sein. Für manche Familien wäre aber dieses „Zubrot“ ein probates Mittel gewesen, die monatliche Belastung zu senken. Aus heutiger Sicht betrachtet, war dies, auch angesichts fehlenden Wohnraums, ein Fehler, den man (sollte man es auch

tigen Zeitpunkt diskret aus. Es ist mittlerweile auch ein neuer Stern am Firmament: die Fernwärme. Nur mal kurz für die Fachfremden: bei jeder dieser Investitionen reden wir mal von einer Größenordnung im fünf bis sechsstelligen Bereich. Konkret bedeutet das, dass der Pellet-Besitzer, falls er über ein Annuitätendarlehen den ökologischen Ablass finanziert hat, wahrscheinlich noch heute diese Investition abzahlt....

Inflation, Lohnkosten, Materialien, Lieferketten u.v.m. das sind die Faktoren, die die Baukosten zusätzlich in die Höhe treiben. Wer nach Wohnungen lauthals schreit, darf nicht in gleicher Weise stets weitere Brandbeschleuniger befördern. Investitionen brauchen Vertrauen, Prosperitätsglauben und Vorgaben, die auch realistisch und erfüllbar sind. Wenn staatliche Bauvorhaben vom Wunschtraum zum Albtraum werden, kann es doch keinen wirklich verwundern, dass der private Markt zögert. Elbphilharmonie, Flughafen Berlin, Hauptbahnhof Stuttgart zeigen doch eindrücklich, wie unterschiedlich Planung und Realität sein können. Verwundert es dann wirklich jemanden, dass der Wirtschaftsmotor Bau stottert?


Planungssicherheit, Verbindlichkeit, Finanzierbarkeit und Vertrauen. Ohne diese vier Voraussetzungen wird sich nichts ändern. Zusätzlich sind auch die Vorgaben und Begehrlichkeiten seitens des Staates auf ein leistbares (Mindest-) Maß zu beschränken. E-Bauen, wobei „E“ nicht für elektrisch, sondern für einfach steht.

Es scheint, dass man in der ehemaligen Industrienation wieder lernen muss, konkrete Vorhaben mit einer konkreten Planung in Einklang zu bringen. Was will ich erstellen? Entsprechen die Planungen dem Stand der Technik und sind umsetzbar? Welche finanziellen und materiellen Ressourcen werden eingesetzt? Sind generelle Vorgaben wie Brandschutz, Umweltschutz usw. eingehalten? Stimmt die Finanzierung? Ist alles bedacht und kann ich im Vertrauen auf die Erledigung sämtlicher „Hausaufgaben“ jetzt beginnen?

gebafresh plug&play **NEU!**

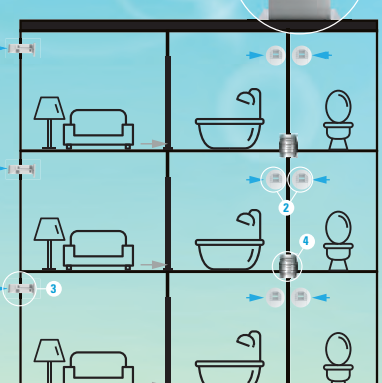
LÜFTUNG & BRANDSCHUTZ VEREINT!

BEDARFSGEFÜHRTE, ZENTRALE LÜFTUNGSANLAGE
NACH DIN 18017-3 UND DIN 1946-6









ultra silent

- 1 gebafresh KOMBI GFR
Abluftventilator integriert
in Flachdach KOMBI
- 2 Abluftelement
GVH
- 3 Außenluftdurchlass
GZE-SILENT HYGRO
- 4 Brandschutz
AVR / WFK



gebafresh
auf einen Blick

geprüft durch:
Hermann-Rietschel-Institut TU-Berlin

-  Feuchtschutz nach
DIN 18017-3
-  Niedrige
Investitionskosten
-  Wartungsarm
-  Energiesparend
-  Nutzerunabhängig
-  Hoher Wohnkomfort

Bartholomäus GmbH, Bachstraße 10, D-89607 Emerkingen
Telefon +49 7393 9519-0, Telefax +49 7393 9519-40
info@geba-emerkingen.de, www.geba-emerkingen.de



wirklich wollen) im Zuge von Sanierungen zur Erstellung weiteren Wohnraums nutzen könnte.

Der Motor „Bau“ springt auch wieder an, wenn man sich einmal ehrlich mit dem Miet- bzw. Vermieterrecht unvoreingenommen auseinandersetzt. Das eine ist das zur Schau getragene Entsetzen über das Gebaren sogenannter „Heuschrecken“. Wer aber zugleich die juristischen Vorgaben, Verpflichtungen, Nachweise derart in die Höhe schraubt, dass der durchschnittliche Bundesbürger ohne juristische Kenntnisse bzw. anwaltlichen Beistand dem bürokratischen Heldentod geopfert wird, braucht sich nicht wundern, wenn Wohnungen leer stehen oder erst gar nicht gebaut werden. Mieter und Vermieter schließen als geschäftsfähige Personen einen Vertrag miteinander. Über Dauer, Kosten und Nutzung von Wohnraum. Leider zeigt oft die juristische Praxis, dass man dies beim Vermieter als einen Bund für's Leben betrachtet, während dem Mieter Partnerwechsel, Mietnomadentum oder unsachgemäßer Umgang zubilligt. Wer Wohnraum will, sollte auch hier für Vertrauen und Verlässlichkeit sorgen. Miete beinhaltet Nutzung, nicht Eigentumserwerb.

Der Konjunkturmotor „Bau“ hat aber auch noch weitere Facetten: Infrastruktur.

Ob mit Bahn, PKW, Bus oder mit dem Rad: es krankt an allen Ecken.



Die baulichen Zustände von Gebäuden, Schulen und Krankenhäuser brauchen dringend Ertüchtigung.

Künftige Politik wird sich daran messen lassen müssen, ob sie konkrete Lösungen bietet oder sich nur im mantraähnlichen Beklagen aktueller Zustände erschöpft.

Wer regelmäßig Bahn oder Bus fährt, liebevoll ja auch „Öffis“ genannt, kann viele Geschichten erzählen. Technische Probleme, Verspätungen, eine Ankunftszeit, die nur geschätzt werden kann, zeigen sehr deutlich, was passiert, wenn man nur Steuern und Einnahmen konsumiert, statt investiert. Es ist ein Armutszeugnis, was in den letzten Jahren mit unserer Infrastruktur geschehen ist. Verwahrlosung ist wahrscheinlich noch zu beschönigen. Höchste Zeit, hier zu investieren. Wenn Personen und Waren nicht transportiert werden können, hat dies viele Auswirkungen. Nicht jeder, der im Stau steht, tut dies, weil er sonst nichts anderes zu tun hat. Ob Handwerker, Arzt, Güterverkehr oder Politiker: wir brauchen eine verlässliche Mobilität, die ideologiefrei und abrufbar ist. Wer von Wirtschaft und Steuereinnahmen redet, muss auch wissen, wie sie funktionieren. Stillstand bedeutet nicht nur leere Kassen, sondern gefährdet auch das gesellschaftliche Miteinander.

In Kindergärten und Schulen werden die Tüftler und Denker der nächsten Generationen ausgebildet. Hoffentlich mehr Macher, denn Verwalter. Sie verdienen gute Rahmenbedingungen und Startchancen.

In Krankenhäusern müssen die Rahmenbedingungen für Patienten, Personal und Besucher so sein, dass Genesung und gutes, engagiertes Arbeiten möglich sind. Hier ist für Mangelwirtschaft kein Platz.

Es braucht aus zwei Gründen einen starken Impuls Richtung Bauwirtschaft:

Wir haben uns in der jüngsten Zeit, einer gewissen „Wohlstandsverwahrlosung“ folgend, von Gewerken verabschiedet, die für den bisherigen Wohlstand unserer Gesellschaft bedeutend waren. Die ganze Automobilwirtschaft mit ihren vie-

kammerer[®]
Kompetenz in Gewindetechnik

**Kammerer
Gewindetechnik
GmbH**
In der Hausmatte 3
D-78132 Hornberg-
Niederwasser
Tel. 0 78 33 - 96 03-0

www.kammerer-gewinde.com



Jetzt strauchelt auch die Bauwirtschaft. Erneut sieht man tatenlos zu, wie unsere Infrastruktur „dahinbröseln“ und lässt den endlosen Ist-Beschreibungen keine Taten folgen. Man schreit immer noch nach Wohnraum, obwohl man gleichzeitig die Umsetzung erschwert und verzögert.

Es ist an der Zeit, Prioritäten zu ändern. Wer Wirtschaft ausbremst oder opfert, wird von der Realität schockkonfrontiert. Die Carolabrücke in Dresden zeigt, dass Mobilität und Fernwärmeversorgung bauliche „Substanz“ brauchen. Wer andernorts marode Straßen kurzerhand umwidmet, hat von Rettungswegen keinen Schimmer. Fehlt menschliche Intelligenz, kann künstliche nicht helfen. Zumal, wenn der Strom hierfür fehlt.

Eigentlich müsste der Wirtschaftsmotor „Bau“ zurzeit Überstunden machen. Es bleiben nämlich nicht mehr viel Chancen und Gewerke, das angekündigte „grüne“ Wirtschaftswunder zu realisieren. Fehlen Betriebe und Facharbeiter werden auch Teile der Verwaltungen und Ministerien obsolet. Von den fehlenden Steuereinnahmen ganz zu schweigen.

Der Vertrauensvorschuss ist aufgebraucht. Klare und eindeutige Rahmenbedingungen setzen, Vertrauen schaffen, konkrete Taten zeigen.

Jetzt handeln, denn der nächste Rohrbruch kommt bestimmt.... ■

Ruth Baumann,
r.baumann@baumann-co.de,
mitsuedbaden.de

len, oft klein- und mittelständischen Zulieferbetrieben, wurden dem großen Hype des „Green Deals“ geopfert.

Das produzierende Nahrungsmittelhandwerk, einst in der Corona-Krise großartig als regionaler Versorger gelobt, wurde mit den steigenden Energiekosten (z.B. Bäcker und Metzger) zu Gunsten der Industrie (Kühl-Liste) alleine gelassen. Der Erfolg stellt sich ein: Insolvenzen oder Abmeldungen oft jahrhundert alter Betriebe sind an der Tagesordnung.

Der Einzelhandel krankt ebenfalls: ein Blick in die Innenstädte zeigt, dass diese zunehmend „versteppen“, denn Handyläden und Sisha-Bars genügen nicht, um touristisch attraktiv zu sein.

Die Gastronomie schwindet: Mancher merkt es erst, wenn er eine Hochzeit oder Beerdigung ausrichten will.

Geschäftsprozesse **smart factory**
Produktion
Daten **Maschinen**
Dokumente **MES**
ERP

Die Zukunft von KMUs gestalten
Durchgängige Digitalisierung von A bis Z

PASSGENAU. BEWÄHRT. ZUKUNFTSWEISEND.



Wirtschaftliche Betrachtung der baupolitischen Vorgaben



Thomas Rapp, Schatzmeister der MIT Baden-Württemberg, Bezirksvorsitzender der MIT Nordwürttemberg

Nach den Sonntagsreden halten wir die freie Marktwirtschaft gerne hoch. Doch wenn die politischen Gegebenheiten passen würden, müsste bei bestehendem Wohnungsmangel ein wahrer Bauboom vorherrschen. Wir sehen jedoch das Einstellen der Bautätigkeit, kein Neubau oder Renovieren der Altsubstanz. Nicht einmal die Kommunen erschließen Bauland oder Gewerbeflächen. Daraus lässt sich als Erkenntnis gewinnen: Die Rahmenbedingungen sind derart stark von politischen Wunschvorstellungen geprägt, dass freies Marktgeschehen nicht mehr die Oberhand gewinnen kann. Bauträger haben die Entwicklung von Mehrfamilienhäusern eingestellt. Bei heutigen Vorgaben für Planung dauert die Fertigstellung ab dem Beginn einer Planung im Durchschnitt 5 Jahre. Ein Angebot, das erst in 5 Jahren zum Bezug fertiggestellt wird, kann nicht verkauft werden. Auch eine Kostenkalkulation für

den Kaufpreis ist nicht möglich, doch der Gesetzgeber verlangt einen Festpreis mit Bezugstermin. Damit lautet die Erkenntnis: Besser nicht bauen!

Bei heutigen DIN-Normen und Ausführungsbestimmungen kommt ein notwendiger Kaltmietpreis von über 18,00EUR zum Ansatz, um 4% Rendite zu erzielen. Ohne diese Mindestrendite legen wir das Geld lieber in andere Anlageformen langfristig an und habe keine Risiken aus der Vermietung sowie Abnutzung sowie Rechtstreitigkeiten bei der Beendigung von Mietverträgen. Um in diese Anlagen investieren zu wollen, muss einer entweder Idealist sein oder zu viel Vermögen haben. Damit bleibt nur der Staat als Investor. Der Staat als Förderer mit der sicheren Erkenntnis, noch nie ein guter Unternehmer gewesen zu sein. Doch er gibt Geld anderer aus und kann sich auf Kosten der Steuerzahler als Retter dar-

stellen. Doch leider ist auch dies bei der Haushaltslage auch nicht mehr in Milliarden möglich.

Wenden wir uns den Eigennutzern zu, müssen zuerst die Mietpreise zu den Kosten bei Eigenheim gegenübergestellt werden. Jeder erkennt, dass eine Altersvorsorge und kostenfreie Nutzung im Rentenalter als Anlageform zumindest überlegenswert ist. Auch ist zu akzeptieren, dass dies zumindest etwas teurer als Miete sein wird. Bei realistischer Betrachtung muss jedoch die Finanzierung auf den Beginn der Rente ausgerichtet werden und damit in 30 Jahren im Durchschnitt auch abgezahlt werden können. Bei Zins von 3% p.a. und einem Reihenhauses im Preis von 500TEUR sowie Eigenkapital von 20% ergibt dies eine Monatsrate von 1.690,00EUR als Belastung. Bei zusätzlichen Lebenshaltungskosten und Nebenkosten der Immobilie ist bereits bei einem Alleinstehenden ein Nettoeinkommen von Betrag von 3.500,00EUR notwendig, um sich die Immobilie leisten zu können. Von Familieneinkommen wird hier bereits nicht mehr gesprochen. Dieses Nettoeinkommen bedeutet einen Bruttoverdienst von 5.800,00EUR. Wie viele Bürger mit 30 Jahren Lebensalter haben diesen Verdienst? Wenn dieser bauwillige Bürger weniger Miete zahlt

HIGH-END PRÄZISION AUS SCHRAMBERG

Die PIT Präzisionstechnik und Handels GmbH ist als Drehteilehersteller ein leistungsstarkes, mittelständisches Unternehmen mit zwei Werken, das auf die Bau-, Medizin-, eBike- und Automobilindustrie spezialisiert ist.



+30

Jahre Erfahrung



+40

Mitarbeiter



4000m²

Produktionsfläche



PIT - Production in Time | Zerspantechnik und Handels GmbH

Dr. - Konstantin - Hank - Str. 16 | 78713 Schramberg - Sulgen

Telefon 07422 23614 | Telefax 07422 23514 | info@productionintime.com

www.productionintime.com



als die Belastung ist, wird er nicht bauen. Doch damit wird auch der Gutverdiener weiter Mieter bleiben und den Geringverdienern die Mietwohnungen streitig machen. Wohnungsmangel wird damit noch verschärft. Dies fördert sicher nicht die Qualität der Mietwohnungen in der Breite auf dem Wohnungsmarkt.

Auf Grund der obigen aktuellen Gegebenheiten haben die Handwerksbetriebe, neben dem Fachkräftemangel, auch noch Auftragsmangel. Damit werden weniger Handwerksbetriebe im Immobiliensektor tätig sein. Weniger Bauvorhaben sind auch aus diesem Grund abzuarbeiten. Altsubstanz wird nicht renoviert werden und durch den Mangel an Neubauten werden die Altimmobilien eher teurer als entsprechen des Substanzverbrauchs billiger. Die Folgen werden auch auf

die Mietsubstanz und Mietpreis durchschlagen. Wie eine restriktive staatlich gelenkte Mietpreispolitik wirkt, konnten wir bei der Wiedervereinigung sehr anschaulich bewerten. Hoffen wir, dass eine Umbesinnung der politischen Entscheider früher kommt.

Möglich ist, sofort die Regelungswut zu stoppen. Verordnungen und Gesetze auf das absolut Notwendige zurückzufahren. Dem Kontrollwahn nicht nachzugeben und der Eigenverantwortung und Haftung der Bauausführenden zu vertrauen. Dabei ist zu bedenken: eine heutige Änderung wirkt erst mit einer jahrelangen Verzögerung, da alles in diesem Bereich bereits zurückgefahren wurde.

Noch gibt es keine Hoffnung auf eine Umbesinnung Dies zeigt sich an dem

Förderansatz der Darlehensgewährung. Gefördert wird nur KfW 55 und 85 m² 4 Zimmerwohnungen. Der Förderbetrag ist in der Höhe beschränkt. Das Einkommen der Bauwilligen darf nicht zu hoch sein. Damit wird der gefördert, welcher von den Eltern Eigenkapital bekommen hat und Mehrkosten für energieeffiziente Häuser finanzieren kann. Die Mehrkosten sind höher als die Finanzierungszuschüsse. Auf Grund der knappen Kassenlage werden auch nicht viele Förderanträge gebilligt werden. Aber Aktionismus ist ja auch eine Tugend! ■

Thomas Rapp,
rapp@mit-lvbw.de,
mit-bw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de

PMK Kunststoffverarbeitung
 Qualität seit 1997

- Reinraumtechnik
- Behälter und Anlagenbau
- Trinkwasserspeicherauskleidung mit HydroClick
- Quellwasserschächte / Brunnenstuben

PMK Kunststoffverarbeitung GmbH
 Alemannenstraße 37
 78187 Geisingen- Gutmadingen

info@pmk-maier.de
www.pmk-maier.de

Zukunft des Hausbaus in Europa:

Nachhaltigkeit und Innovation bei WeberHaus



Aktionshaus generation 200 eco



Lisa Meier,
Presse- und Social Media-Managerin WeberHaus

Ihre ANGORA-Spezialisten
für natürliche Funktionsbekleidung

Eigene Herstellung
in Deizisau
Versand - Fabrikverkauf

www.angora-moden.de

Tel.: 07153 23071
Fax: 07153 28841
E-Mail Angora-Moden@t-online.de

Angora-Moden GmbH
Plochinger Str. 30 - Eingang Blumenstraße 73779 Deizisau

In einer Zeit, in der der Hausbau stark von politischen Vorgaben geprägt wird, steht die Zukunft des Bauens im Zeichen von Klimaschutz, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Das Europäische Parlament hat hierzu wichtige Weichen gestellt: Ab 2023 müssen alle Neubauten emissionsfrei sein, und bis 2050 soll der Gebäudesektor in der Europäischen Union vollständig klimaneutral

werden. Diese Maßnahmen sind Teil der überarbeiteten Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, die einen wesentlichen Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen leisten soll.

Effizienzhäuser als Standard: WeberHaus setzt Maßstäbe

So haben sich die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, den Primärenergieverbrauch von Wohngebäuden bis 2030 um mindestens 16% und bis 2035 um 20–22% zu senken. Für Unternehmen wie WeberHaus, die seit Jahrzehnten im Bereich des nachhaltigen Bauens Vorreiter sind, sind diese Anforderungen nicht nur realisierbar, sondern werden bereits seit vielen Jahren übertroffen. Der 1960 gegründete Fertighaushersteller setzt dabei konsequent auf den natürlichen Baustoff Holz, der nicht nur CO₂ bindet, sondern auch besonders energieeffizient ist. Die Mehrheit der von WeberHaus gebauten Häuser entsprechen dem Effizienzhaus-40-Standard. Die Kennzahl 40 gibt an, wie effizient ein Gebäude im Vergleich zu einem Neubau nach Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist. Dies bedeutet, dass der Primärenergiebedarf eines solchen Hauses bei lediglich 40% eines vergleichbaren Neubaus liegt – eine Verbesserung von 60%. Der Transmissionswärmeverlust muss den gesetzlichen Grenzwert für Neubauten sogar um mindestens 55% übertreffen. Diese Maßnahmen leisten



Neues Ausstellungshaus in der Ausstellung Eigenheim und Garten in Poing

nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern führen auch zu deutlich geringeren Energiekosten für die Bewohner.

Fossile Brennstoffe ade: Wärmepumpen als zukunftssichere Lösung

Ein zentraler Bestandteil der Energiewende im Gebäudebereich ist der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Ab 2025 werden eigenständige, mit fossilen Brennstoffen betriebene Heizkessel nicht mehr subventioniert, und bis 2040 sollen sie vollständig aus dem Markt verschwinden. Hybride Heizanlagen, bei denen fossile Brennstoffe mit erneuerbaren Energien wie Solarthermie kombiniert werden, erhalten hingegen weiterhin Unterstützung. WeberHaus setzt bereits seit vielen Jahren auf den Einsatz von Wärmepumpen. Über 95% der Häuser werden mit dieser umweltfreundlichen Technologie ausgestattet. Eine Wärmepumpe



Neue Baureihe OPTION

GMT
Gummi · Metall · Technik



Schwingungstechnik - Eine gute Verbindung

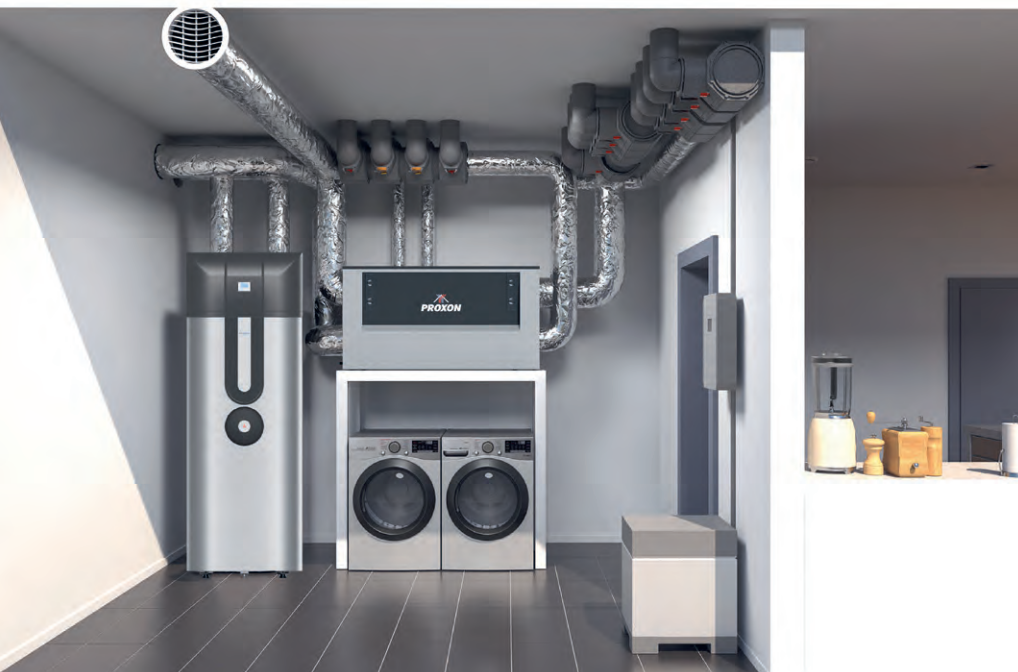
Primär- & Sekundärfedersysteme und Gummi-Metall-Elemente zur Schwingungs- und Schallreduzierung

Liechersmatten 5 · D-77815 Bühl · Tel. +49 7223 804-0 · www.gmt-gmbh.de
DEUTSCHLAND · CHINA · ENGLAND · FRANKREICH · INDIEN · IRLAND · MALAYSIA · SCHWEIZ · USA

mit kontrollierter Be- und Entlüftung sowie Wärmerückgewinnung gehört zum Standardangebot des Familienunternehmens. Diese Lösung bringt

nicht nur ökologische Vorteile mit sich, sondern bietet auch ökonomische Anreize: Keine Kosten für Schornsteinfeger, eine lange Lebensdauer sowie

eine wartungsarme Technik zeichnen Wärmepumpen aus. Darüber hinaus werden keinerlei Emissionen durch den Betrieb verursacht sowie CO₂ eingespart. Es sei denn, der Strom wird nicht regenerativ erzeugt. Hier knüpft WeberHaus an: Die Mehrheit der Neubauten wird mit einer Photovoltaikanlage und einem Batteriespeicher ausgestattet. Das bietet zahlreiche Vorteile: Hausbesitzer können den erzeugten Strom nicht nur selbst nutzen, sondern Überschüsse auch speichern. Dies senkt die Stromkosten und reduziert gleichzeitig den CO₂-Ausstoß.



Frischluft-Wärmetechnik, die im Standard bei WeberHaus enthalten ist

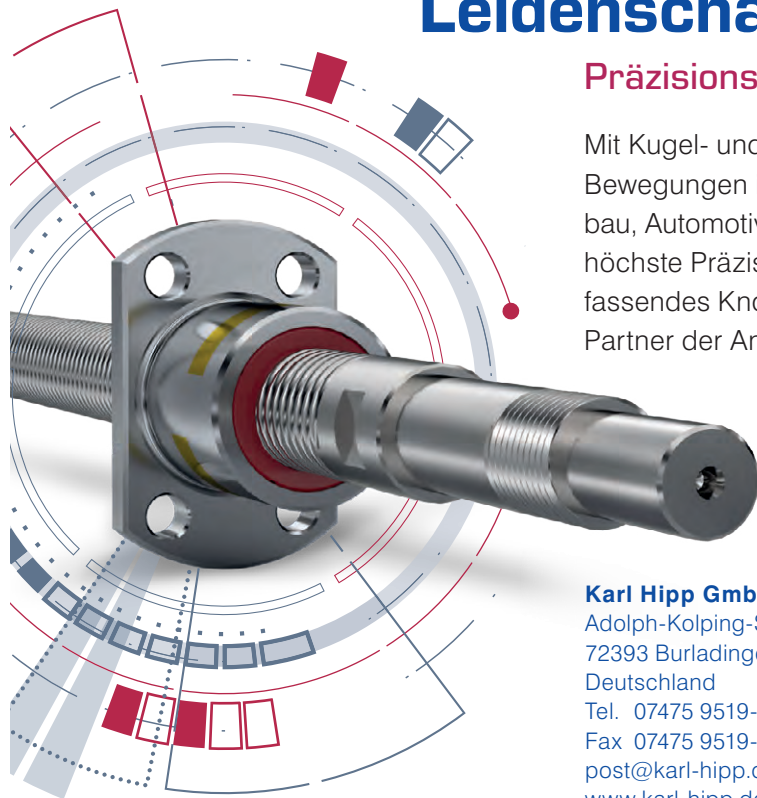
Herausforderungen am Markt: Steigende Baukosten und rückläufige Genehmigungen

Trotz dieser Fortschritte steht die Baubranche vor großen Herausforderungen. Die Zahl der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser ist in Deutsch-

Leidenschaft trifft Präzision

Präzisionsgewindetriebe made in Germany

Mit Kugel- und Gleitgewindetrieben verleihen wir linearen Bewegungen in Medizin- und Messtechnik, Maschinenbau, Automotive sowie der Elektronik- und Solarindustrie höchste Präzision. Jahrzehntelange Erfahrung und umfassendes Know-how machen uns zum weltweit gefragten Partner der Antriebstechnik.



Karl Hipp GmbH
Adolph-Kolping-Straße 3
72393 Burladingen
Deutschland
Tel. 07475 9519-0
Fax 07475 9519-19
post@karl-hipp.de
www.karl-hipp.de



land von Januar bis Juni 2024 um 28,7% im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Vergleicht man die Zahlen mit dem ersten Halbjahr 2022, ist der Rückgang mit über 56% sogar noch dramatischer. Trotz dieser rückläufigen Tendenz zeigt sich der Fertigbau mit einem Marktanteil von 25,4% stabiler. Die Zahl der Genehmigungen für Fertighäuser ist allerdings ebenfalls gesunken – um über 25,4% im ersten Halbjahr 2024.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen unter anderem in den stark gestiegenen Baukosten und Zinsen sowie einer unzureichenden Unterstützung durch die Bundesregierung. Die derzeitigen Förderkonditionen für Neubauten in Deutschland sind wenig attraktiv. Bauherren erhalten maximal 150.000 Euro pro Wohnung über vergünstigte Kredite, Gebäude ohne Nachhaltigkeitssiegel werden mit höchstens 100.000 Euro gefördert. Zuschüsse oder Tilgungszuschüsse gibt es nicht, was in der aktuellen Kostensituation unzureichend ist. Eine positive Ausnahme bildet das KfW-Förderprogramm „Wohneigentum für Familien“. Hier können Familien mit mindestens einem Kind, die bisher kein Eigentum besitzen und ein entsprechendes Haushaltseinkommen nachweisen, Kredite von bis zu 170.000 Euro erhalten. Wenn das Wohngebäude zusätzlich mit dem Nachhaltigkeitssiegel QNG (Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude) zertifiziert ist, steigt die Fördersumme auf bis zu 270.000 Euro. Diese Bedingungen zeigen, dass gezielte Fördermaßnahmen möglich sind.

Jedoch besteht ein generell hoher Bürokratieaufwand, der sich durch die Förderprogramme zieht. Komplizierte Antragsverfahren, lange Bearbeitungszeiten und aufwendige Nachweise erschweren es Bauherren, notwendige Unterstützung schnell und unkompliziert zu erhalten. Ein solcher Aufwand hemmt Investitionen und wirkt der dringenden Notwendigkeit, den Neubau klimafreundlicher Häuser zu fördern, entgegen. WeberHaus setzt sich daher nicht nur für eine deutliche Erhöhung der Fördermittel ein, sondern for-

dert auch den Abbau bürokratischer Hürden. Einfache und transparente Förderbedingungen sind unerlässlich, um den Bau klimaneutraler Wohngebäude zu beschleunigen und die Baukonjunktur zu stabilisieren.

Der Gebäudesektor befindet sich in einem umfassenden Transformationsprozess. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, erfordert neben der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden vor allem Anreize für den Neubau von klimafreundlichem Wohnraum. Es ist entscheidend, dass die Politik nicht ausschließlich auf die Sanierung setzt, sondern auch die Neubaumaßnahmen entsprechend fördert. Der Neubau bietet die Chance, von Anfang an hohe energetische Standards zu erfüllen und innovative Technologien wie Wärmepumpen, Photovoltaik-Anlagen und moderne Baustoffe wie Holz zu integrieren.

Fazit:
**WeberHaus bleibt Vorreiter
für nachhaltiges Bauen**

In einer Zeit, in der nachhaltiger und klimafreundlicher Hausbau immer wichtiger wird, zeigt WeberHaus, dass ambitionierte Klimaziele schon heute realisiert werden können. Mit energieeffizienten Häusern, dem Einsatz von Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen und innovativen Technologien bietet WeberHaus Lösungen, die nicht nur den Anforderungen der EU und Deutschlands gerecht werden, sondern auch den Bewohnern langfristig wirtschaftliche Vorteile verschaffen.

Jetzt ist es an der Politik, verlässliche Fördermaßnahmen zu schaffen, um den Bauherren und der Bauwirtschaft die notwendige Planungssicherheit zu bieten und den Weg in eine emissionsfreie Zukunft zu ebnet. ■

Lisa Meier,
Lisa.Meier@weberhaus.de,
weberhaus.de



MANAGEN SIE MIT UNS FAHRER- UND FAHRZEUGDATEN.

Einfach, zuverlässig, transparent
– und nach neuestem EU-Recht.



WEBSHOP JETZT ONLINE

WWW.TACHOCONTROL-DATA.EU



Ein Moratorium reicht nicht



Prof. Dr. Wolfgang Reinhart Mdl

„Alle Jahre wieder“ – diese Worte erwecken nicht nur Assoziationen an die Weihnachtszeit, sondern auch an die alljährliche Verfehlung des Wohnungsbauziels der Bundesregierung. Ausgegeben wurde einst die Marke von 400.000. In den Jahren 2022 und 2023 war man jeweils in einem Bereich von nur unter 300.000 unterwegs. Eine aktuelle Prognose des Münchener ifo-Instituts geht davon aus, dass die Anzahl der neugebauten Wohnungen bis 2026 gar auf unter 200.000 sinken könnte.

Als langjähriger Aufsichtsrat einer Bank mit zahlreichen Immobilienfinanzierungen fällt mir an einem durchschnittlichen Bauträgerprojekt heute auf mikroökonomischer Ebene ein problematischer, bezeichnender Vorgang auf:

Ein lokales Kreditinstitut engagiert sich im Main-Tauber-Kreis als Bauträger, um dringend notwendige Angebote für den Wohnungsmarkt im Ländlichen Raum zu schaffen und errichtet in attraktiver innerstädtischer Lage auf einer Brachfläche im Zuge der Innenentwicklung zwei Doppelhäuser mit insgesamt 24 Wohneinheiten. Das Vorhaben startet im Jahr 2021, der KfW-Antrag wird im Januar 2022 gestellt, wenige Tage vor der Habeck'schen Nacht- und Nebel-Aktion, mit der damals ein KfW-Förderstopp vollzogen und eine erste Depressionsphase in der Bauwirtschaft eingeläutet wurde. Das besagte Vorhaben hatte daher Glück, sodass nach damaliger Rechtslage für die EFH-55-Gebäude noch ein fünfstelliger KfW-Zuschuss pro Wohneinheit herausgesprungen ist. Gleichwohl ist das Resultat,

dass ein Drittel der Wohnungen im Sommer 2024 bei Bezugsfertigkeit noch nicht verkauft werden konnte. Teilweise waren diese bereits reserviert, doch sind aufgrund gestiegener Zinsen die Kaufinteressenten wieder abgesprungen. Weitere 6 Wohnungen wurden von einem Immobilieninvestor aufgekauft, der diese weitestgehend vermieten wird. Insgesamt wird damit ein Großteil der Wohnungen dem Mietmarkt zugeführt werden. Der Anteil junger Familien, die



www.sonntag-partner.de



Wir sind der starker Partner an Ihrer Seite und beraten Sie in allen Belangen mit maßgeschneiderten Lösungen.

- > Wirtschaftsprüfung.
- > Steuerberatung.
- > Rechtsberatung.
- > Family Office.
- > digitale Steuerberatung.
- > IT Audit.
- > IT Consulting.





dort ihr Eigenheim beziehen, tendiert gegen null.

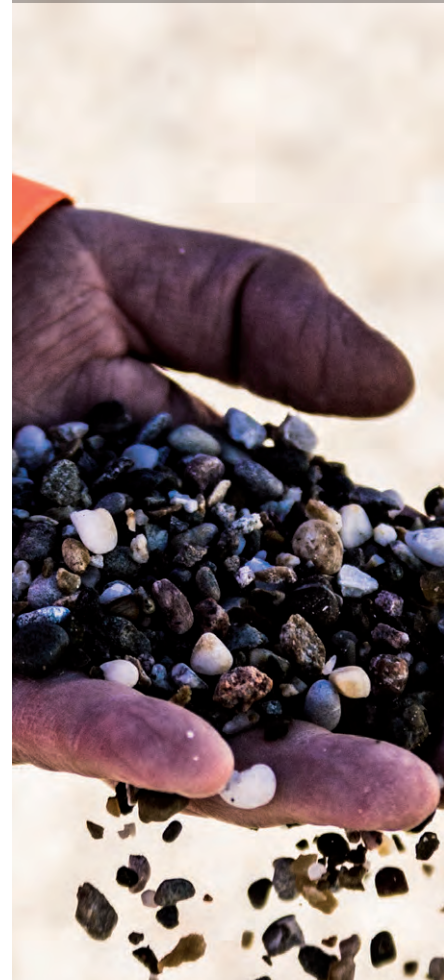
Dazu passt ins Bild: Deutschland ist zwar bei der EM unglücklich ausgeschieden, ist aber beim Anteil seiner Bevölkerung, die zur Miete wohnt, abgeschlagener Europameister mit über 53%. Der EU-Schnitt liegt bei etwa 30% - deutlich über 70% der Spanier leben in der eigenen Immobilie, was hierzulande gerade für viele junge Familien derzeit wie ein unerfüllbarer Traum erscheint. Die Ursachenanalyse ist sicherlich komplex und gerade der Mix aus Zinsflation und Inflation im Zuge des russischen Angriffskriegs trägt erheblich dazu bei, dass ein (grunderwerbssteuerpflichtiger) Immobilien-Ersterwerb in Deutschland für viele zunehmend unerschwinglich wird. Bei meiner Key Note beim Festakt des 100-jährigen Jubiläums der Landesbaugenossenschaften in Stuttgart wies ich aber auch schon auf den Aspekt hin, dass allein in den letzten zehn Jahren in Deutschland die Zahl der baurelevanten Normen um 15% gestiegen ist. Bauen wird immer aufwändiger und komplizierter und damit teurer, es muss aber einfacher und schneller werden.

Einen entsprechenden Entwurf für eine Änderung der Landesbauordnung hat das

Land noch vor der Sommerpause auf den Weg gebracht. Dieser sieht unter anderem eine Genehmigungsfiktion vor, wenn nach drei Monaten keine Entscheidung über einen Bauantrag ergangen ist. Auch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens ist Teil der LBO-Reform sowie die Einführung einer Typengenehmigung.

Klar ist aber auch, dass weiterhin ein Bohren dicker Bretter nötig ist. Denn der ganz überwiegende Teil des Kuchens der materiell-rechtlichen Vorschriften beim Bauen ist Brüsseler oder Berliner Ursprungs, der im Baugenehmigungsverfahren noch mit kommunalen Satzungen – Bebauungsplänen, örtlichen Bauvorschriften, denkmalrechtlichen Gesamtanlagenschutzsatzungen und Vielem mehr – garniert wird. Ein Moratorium für die Schaffung neuer Bauregeln wird hier nicht reichen, sondern es braucht einen gezielten Abbau der überbordenden bürokratischen Vorgaben auf allen Ebenen. Das Baurecht darf nicht den Goldstandard definieren, sondern muss die Mindeststandards sichern. ■

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,
wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de



AUS TRADITION AM PULS DER ZEIT.

FON 0 78 31 78 9-0
 FAX 0 78 31 74 75
 E-Mail info@uhl-baustoffe.de
www.uhl-baustoffe.de



Die Grundsteuer B wird zur getarnten Vermögenssteuer!



Dr. Albrecht Geier, Beisitzer im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg werden im kommenden Jahr die neuen Grundsteuerbescheide verschickt nachdem die Gemeinden über die Hebesätze entschieden haben werden.

Das Grundsteuergesetz ist ein Bundesgesetz mit einer Öffnungsklauseln für die Länder. Der damalige Finanzminister Scholz versprach Aufkommensneutralität, wohl wissend, dass die Belastung letztlich durch die Hebesätze der Städte bestimmt werden. Das Landesgrundsteuergesetz Baden-Württemberg verpflichtet die Kommunen nicht zu aufkommensneutraler Umsetzung der Grundsteuerreform.

Die Grundsteuer auf Grundvermögen berechnet sich als Produkt aus Steuermessbetrag und Hebesatz. Der Steuermessbetrag wiederum ist das Produkt aus der Steuermesszahl und dem Grundsteuerwert. Die Steuermesszahl beträgt grundsätzlich 1,3 Promille. Für Wohngrundstücke beträgt sie 0,9 Promille. Der Grundsteuerwert des Grundstückes ist das Produkt aus der Fläche und dem Bodenrichtwert.

In Bayern geht man einen anderen Weg. Dort bestimmt sich die

Höhe der Grundsteuer auch als das Ergebnis des Produkts aus Steuermessbetrag und Hebesatz. Allerdings berücksichtigt man in Bayern nicht nur den Bodenwert, sondern auch die Gebäudefläche. Schließlich wird der Grundstückswert in Bayern aber nicht über den Bodenrichtwert ermittelt. Es gilt pro Quadratmeter Grundstücksfläche eine sogenannte Äquivalenzzahl und diese beträgt 0,04 €. Das Produkt aus der Äquivalenzzahl und der Grundstücksfläche ist dann der Äquivalenzbetrag. Die Gebäudefläche wird ebenfalls mit einer Äquivalenzzahl von 0,5 € pro Quadratmeter berechnet. Der Grundsteuersteuermessbetrag = (Äquivalenzbetrag Grund und Boden × Grundsteuersteuermesszahl) + (Äquivalenzbetrag Wohnfläche × Grundsteuersteuermesszahl). Die Grundsteuersteuermesszahl für den Boden beträgt 100% und für die Wohnfläche 70%. Mit diesen Daten können Sie eine Vergleichsrechnung vornehmen.

Die Grundsteuer ist eine Substanzsteuer und deshalb eine maskierte Vermögenssteuer. Schleichend enteignet sie den

Grünemay & Abt
BÜROEINRICHTUNGEN
GRUENEMAY-ABT.DE

PRODUKTDISEIGN: VOLKER EYSING



interstuhl

GERMAN INNOVATION

VINTAGE^{IS5}

WELTNEUHEIT



Eigennutzer von Wohnraum und belastet den Mieter. Daneben ist neue Grundsteuer in Baden-Württemberg auch ein Bürokratiemonster.

Die MIT Baden-Württemberg setzte sich nachhaltig im Rahmen der Anhörung des Gesetzentwurfes dafür ein, dass nicht der Bodenwert gemäß der Bodenrichtwertkarte Bestandteil der Berechnungsgrundlage wird. Bodenrichtwerte sind eher Schwankungen unterworfen. Jedes Grundstück muss gesondert bewertet und erfasst werden. Erhöhen sich die Bodenrichtwerte erhöht sich das Aufkommen aus der Grundsteuer automatisch, ohne dass der Hebesatz angehoben wird.

Der Finanzminister ist offenbar bemüht Aufkommensneutralität an zu mahnen. Aus dem Transparenzregister zu den Hebesätzen für die 1001 Gemeinden für die neue Grundsteuer 2025, welche das Finanzministerium auf seiner Website veröffentlicht, ist ersichtlich welche Hebesatzanpassungen für die Aufkommensneutralität notwendig sind. Die Belastungsverschiebungen in den einzelnen Grundstücken und bei deren Eigentümer können jedoch nicht aufgezeigt werden.

Der sich gleich nach Veröffentlichung erhobene Widerspruch vom Gemeindegtag sowie vom Städtetag gegen dieses Transparenzregister überrascht nicht. Man wittert einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltungshoheit. Eine unsachgerechte Mehrbelastung der Grundstückseigentümer, so die kommunalen Spitzenverbände Baden-Württemberg, soll verhindert werden. Was ist denn unsachgerecht?

Unsachgerecht ist jede Erhöhung der Kosten für das Wohnen, egal ob auf einem „großen“ oder „kleinen“ Grundstück. Sie betreffen den Eigentümer gleichermaßen wie den Mieter. Die Grundsteuer zählte zu den umlagefähigen Betriebskosten.

Sachgerecht wäre, wenn auch die Kommunen, die in den letzten 10 Jahren im Geld geschwommen sind, erkennen würden, dass es keine Einnahmenfortbestandsgarantie gibt.

Die Vokabel „aufkommensneutral“ soll von den erheblichen Belastungsverschiebungen, die deshalb stattfinden, weil ausschließlich und undifferenziert die Grundstücksgröße als Maßstab herangezogen wird, ablenken. Selbst bei aufkommensneutraler Gestaltung ergeben sich unbestritten beachtliche Belastungsverschiebungen.

Es sollten in Deutschland in diesem Jahr 400.000 Wohnungen gebaut werden. Die Nachfrage nach Wohnraum ist groß. Ein Dach über dem Kopf ist eine gute Altersvorsorge. Die Antwort des Grundsteuergesetzes hierzu lautet: maximiere die Wohnfläche pro Quadratmeter Grundstücksfläche!

Dieses Grundsteuergesetz Baden-Württemberg trägt die Handschrift der Grünen. Überspitzt formuliert lautet die Botschaft: „Zurück in den Plattenbau“. Gesunde Wohnverhältnisse, Freifläche für Kinder zum Spielen, Eigenanbau von Obst und Gemüse im eigenen Garten werden als „Luxusgut“ eingestuft und besteuert.

Die Eigentümer eines Siedlungshäuschen mit größerem Garten aus den sechziger/siebziger Jahren gehören in jedem Falle zu den Verlierern. Damals waren andere Grundstücksgrößen üblich als heute. Soll der Rentner deshalb sein Häuschen verkaufen, weil eine drohende Vervielfachung der Grundsteuer im Alter zur Belastung wird? Können wir das wollen?

Die Grundsteuer besteuert die Einkommensverwendung. Hierbei ist Zurückhaltung geboten, wenn die Einkommensverwendung der Altersvorsorge dient, wie dies beim Eigenheim der Fall ist oder den Mieter vor höheren Mietnebenkosten verschont. Ganz Schlaue wollten auch gleich noch die Umlagefähigkeit der Grundsteuer gesetzlich verbieten.

Das Grundsteuergesetz Baden-Württemberg muss auf die Agenda der nächsten Landesregierung! ■

Dr. Albrecht Geier

Wir setzen Ihre Maschine auf den Punkt.

Kierdorf & Söhne GmbH
76676 Graben-Neudorf

kierdorf-soehne.de

Ausschuss berät über Potenziale durch Sanierung von Wohngebäuden der 1950er bis 1970er Jahre



Der Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen hat sich in seiner Sitzung am Mittwoch, 25. September 2024, unter anderem mit Potenzialen zur Schaffung von Wohnraum über Sanierungen der Wohnungsbestände der 1950er- und 1970er Jahre

befasst. „Wohnraummangel ist weiterhin ein großes Thema, weshalb alle Möglichkeiten in den Blick genommen werden sollten, um neuen Wohnraum für die Menschen im Land zu schaffen“, sagte die Ausschussvorsitzende Christiane Staab (CDU). Dar-

ELGO
ELECTRONIC

LÖSUNGEN FÜR IHRE
POSITIONIERAUFGABEN

MESSEN ▶ STEUERN ▶ POSITIONIEREN

www.elgo.de

über hinaus beriet der Ausschuss über weitere Anträge unter anderem zu den Themen Wärmepumpe, Stellplatzschlüssel und Landesentwicklungsplan.

Der Ausschuss hat sich auf Antrag der Grünen-Fraktion mit dem Thema Wohnraum befasst. Nach Angaben der Antragsteller sei in den 1950er- bis 1970er-Jahren in Deutschland ein großer Teil des heutigen Wohnungsbestands errichtet worden. In diesem Wohnungsbestand schlummerten erhebliche Potenziale, um

über Sanierungen, Ausbau und Aufstockung zusätzlichen oder auf die heutigen Bedürfnisse angepassten Wohnraum zu schaffen. Dabei müsse überlegt werden, wie diese Quartiere langfristig mit hochwertigem und preiswertem Wohnraum der Wohnraumversorgung dienen könnten und welche Maßnahmen zum Bestandserhalt zusätzlich nötig seien.

Staab zufolge führte das Ministerium für Landesentwicklung und



Wohnen aus, dass es im Jahr 2023 in Baden-Württemberg 2.497.082 Wohngebäude gegeben habe. Im Zeitraum von 1952 bis 1980 seien insgesamt 879.655 Wohngebäude fertiggestellt worden. Somit betrage der Anteil der Wohngebäude, die zwischen 1952 und 1980 gebaut worden seien, 35,2 Prozent am Gesamtbestand aller derzeitigen Wohngebäude im Südwesten. Die Fraktionen von Grünen, CDU und SPD hätten auf das große Potenzial der Wohngebäude hingewiesen und auch dafür plädiert, bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen des Landes auch verstärkt die Sanierung der Bestandgebäude der 50er, 60er- und 70er Jahre in den Blick zu nehmen. Die SPD-Fraktion habe beklagt, dass die Landesregierung wenig über den Zustand dieser Wohngebäude wisse, obwohl diese 35 Prozent des Bestands ausmachten.

Das Ministerium habe ausgeführt, dass die Typologie der in den 50er bis 70er Jahren gebauten Gebäude sehr unterschiedlich sei. Diese reiche von Ein- und Zweifamilienhäusern, über „Plattenbauten“ in Großsiedlungen sowie die weit verbreiteten zwei- bis fünfgeschossigen Mehrparteienwohngebäude mit flachem Satteldach in städtebaulich zeilenförmiger Anordnung („Zeilenbauten“)

Hidden Technology:

Sie finden uns in
Medizintechnik

Automotive

Elektronik

Architektur

Design

usw.

herz
ätztechnik

bis hin zu anderen Typologien. Diese Wohngebäude unterschieden sich jedoch in ihrer Bauweise bzw. im Aufbau ihrer Bauteile. Zudem spielten u. a. Faktoren wie Topografie, Zuschnitt und Zugänglichkeit des Grundstücks eine Rolle bei der Entscheidung, welche Sanierungsmaßnahmen für ein Gebäude sinnvoll, wirtschaftlich und umsetzbar seien. Dies führe dazu, dass jede Sanierung individuell sei. Eine pauschale Sanierungsstrategie, die auf alle Gebäude aus diesem Zeitraum angewendet werden könne, gebe es daher nicht. Ein Vertreter des Ministeriums habe zugestimmt, dass es sinnvoll sei, den Blick verstärkt auf Sanierungen anstatt auf Abriss und Neubau zu richten. Zugleich habe er darauf hingewiesen, dass es am Ende für Eigentümer häufig darauf ankomme, was sich rechnen, fasste die Vorsitzende die Ausführungen zusammen.

Staab zufolge beriet der Ausschuss zudem auf Antrag der FDP/DVP-Fraktion über das Thema „Verkehrsminister Hermann und der Stellplatzschlüssel“, auf Antrag der SPD-Fraktion über das Thema „Installation von Wärmepumpen und Landesbauordnung (LBO)“ sowie auf Antrag der AfD-Fraktion über das Thema „Anwendung des Vorkaufsrechts durch Städte und Kommunen“. Darüber hinaus habe sich das Gremium mit dem FDP/DVP-Antrag „Hat die Landesregierung die Wirtschaft bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans vergessen?“ befasst. ■

Landtag von Baden-Württemberg,
landtag-bw.de

Zukunft der Häusle- bauer



Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, Beisitzerin im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg

Die vergangenen Jahre waren nicht die besten zum Bauen! Trotz beständiger und krisenfester Entwicklung der Baubranche zu Beginn der COVID-Pandemie holten auch sie spätestens 2021 die Konsequenzen der letztjährigen Entwicklungen ein: Wirtschaftliche Stagnation, ein schwieriges unternehmerisches Umfeld und globale Krisen mit noch nachbebenden Folgen. Die daraus resultierenden und das Bauen erschwerenden Herausforderungen lauten Baustoffmangel, Lieferengpässe oder steigende Materialkosten, die weiterhin allgegenwärtig sind. Vor allem der 2022 ausgebrochene Ukraine-Krieg und die fol-

genden Sanktionen gegen Russland führten zur deutlichen Preissteigerung der Energiekosten, die wiederum zu erhöhten Lebenshaltungskosten und auch zu gestiegenen Baukosten führten. Zudem existieren in Deutschland und in Europa eine unvergleichliche Bürokratie und strengste rechtliche Auflagen, die die Bestrebungen zum Bauen zusätzlich belasten. In den vergangenen Jahren war also statt Baukonjunktur Zurückhaltung die Maßgabe. Vorsichtige Prognosen rechnen spätestens 2025 mit einer Erholung.

Einen wesentlichen rechtlichen Rahmen - insbesondere aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten - bilden die Vorgaben der EU - oft verbunden mit einem Höchstmaß an Bürokratie. Die europäische Bauwirtschaft steht für 9,5% des BIP der EU27-Staaten. EU-Vorgaben betreffen die Baubranche also direkt. Neben hohen Energiepreisen und volatilen Baukosten ist das Thema Nachhaltigkeit und ESG ("Environmental, Social and Governance") die gegenwärtige und nächste Herausforderung des modernen Bauens.

In der Europäischen Union steht der Bau- und Gebäudesektor für rund 36% der CO₂-Emissionen und für 40% des Energieverbrauchs. Die Bestrebungen zur Dekarbonisierung machen somit auch vor der Bau- und Immobilienbranche keinen Halt. Da nach Auffassung der Europäischen Kommission der Finanzmarktsector Treiber einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung Europas ist, wächst der Druck des Finanzmarktes auf die Baubranche, sich den Themen Nachhaltigkeit und ESG anzunehmen. Bis 2050 will die EU klimaneutral sein, hierfür hat sie die sogenannte EU-Taxonomie-Verordnung erlassen, die die Baubranche in den meisten Fällen nicht direkt betrifft, sehr wohl aber über Umwege, wie eben den Finanzmarkt. Die Nachfrage nach ESG-konformen Immobilien kommt vorerst von Akteuren des Finanzmarktes, die nach nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten suchen und hierfür auch entsprechend Nachweise fordern.

KAUT

Ihr kompetenter Partner für

Kunststoffspritzguss und Formenbau

- Planen
- Konstruieren
- Fertigen
- Feinguss
- MIM
- Kunststoff

Wir denken voraus, wir bilden aus.

Herbert Kaut GmbH & Co. KG
Winterlinger Str. 16
72488 Sigmaringen
Tel.: 07571/18201-0
info@kaut.info
www.kaut-kunststofftechnik.de

In den vergangenen Jahren war die Flut der auch das Bauen betreffenden EU-Vorgaben riesig. Eines der Kernelemente des allseits bekannten Green Deal ist der Aktionsplan zur Kreislaufwirtschaft und speziell die kürzlich verabschiedete Bauprodukteverordnung mit Standards zur Nachhaltigkeitsperformance von Bauprodukten: Es werden verbindliche Standards geschaffen. Die EU-Bauproduktenverordnung ist eines der wichtigsten Regelwerke sowohl für Hersteller von Bauprodukten und folglich auch für den Endabnehmer. Indes fallen Gebäude an sich unter anderem in den Anwendungsbereich der überarbeiteten Energieeffizienzrichtlinie (EED), die Ziele für die Senkung von Emissionen für Gebäude festgelegt: Ab 2030 müssen alle Neubauten in der EU emissionsfrei sein. Für neue öffentliche Gebäude gilt dies ab 2028. Populärstes Beispiel zur Senkung der Emissionen von Gebäuden ist wohl die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD): Mit dieser Gesetzgebung soll der europäische Wohnungsbestand bis 2050 auf Netto-Null-Ziel vorbereitet werden. Nicht nur werden die Mitgliedstaaten aufgefordert bis 2026 Pläne vorzulegen, um den Energieverbrauch von Wohngebäuden bis 2035 um 20-22% zu senken. Dabei sollen 55% der Einsparungen bei den untersten 43 Prozent der Gebäude mit den schlechtesten Werten erzielt werden. Auch öffentliche Gebäude und Büros fallen in den Anwendungsbereich und ab 2030 sollen Neubauten von vornherein klimafreundlich konzipiert sein. Eine ursprünglich geplante Sanierungspflicht für Hausbesitzer soll es nicht geben. Hier haben wir uns klar gegen die rot-grünen Vorhaben zu Zwangssanierungen durchsetzen können.

Für Häuslebauer bedeuten jene Vorgaben einen massiven Mehraufwand und Kosten, die mitverantwortlich sind für den Einbruch der Baubranche. Die Bandbreite der das Bauen und die Bauwirtschaft betreffender Themen und Herausforderungen aus Brüssel ist noch sehr viel länger und behaftet mit direkte und indirekten Effekten, etwa in Folge der Revision der Zahlungsverzugsverordnung mit Auswirkungen auf Branchenpraktiken, Weitergabeneffekten aus der Lieferkettenrichtlinie, einem komplizierten Beschaffungswesen, stockender Digitalisierung der Arbeitskräftemobilität und der allgemeinen Flut neuer Vorgaben. All diese Problematiken sind dem europäischen Gesetzgeber bekannt, weswegen die kürzlich wiedergewählte Präsidentin der Europäischen Kommission, Wettbewerbsfähigkeit und eine zukunftsfeste Industriestrategie zu den Prioritäten der nächsten fünf Jahre machen möchte.

Mögliche Szenarien einer „neuen“ europäischen Industrie finden sich etwa im Letta-Bericht oder in den Ausführungen Draghis zur Zukunft Europas. In diesen spielt unter anderem die Senkung der Energiepreise eine große Rolle. Die Umsetzung dessen sollte auch das Bauen erleichtern. Doch kaufen, sanieren oder bauen wird wohl nicht günstiger werden. Eher lenken nationale und europäische Vorgaben die Branche und mit ihr ihre Kunden in Richtung Nachhaltigkeit. Denn obwohl Studien belegen, dass das Eigenheim angesichts gestiegener Löhne und im Vergleich günstiger Kredite im Vergleich zu den 80ern heute erschwinglicher ist, erschweren gleich mehrere Faktoren die Leistung der eigenen vier Wände. So gestiegene Bau-

kosten, die fortlaufende Urbanisierung und der Anstieg der Immobilienpreise in Ballungsräumen, verändertes Konsumverhalten, spätere Erwerbstätigkeit, höhere Kaufnebenkosten oder fehlendes Eigenkapital. Dass Deutschland unter dem EU-Durchschnitt hinsichtlich der Wohneigentumsquote liegt hat allerdings auch historische Ursprünge infolge von Industrialisierung und zerstörerischen Kriegen, die eine schnelle Reaktion in Sachen Wohnungsbau erforderten. Deutschland verfügt dennoch über einen ausgewogenen, diversifizierten und krisenfesten Immobilienmarkt.

Allgemein ist festzuhalten, die Brüsseler Vorgaben im Zusammenwirken mit den Mehrfachkrisen für die Baubranche, Inhaber und Käufer herausfordernd bleiben. Natürlich müssen der Gebäudebestand und neu Entstehendes in Sinne der Nachhaltigkeit saniert werden. Die Frage ist jedoch, ob dies in Zukunft durch Zwang oder durch Anreize passiert und inwiefern der „einfache“ Hausbesitzer von etwaigen Entlastungen und Neuvorgaben profitiert. ■

Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP,
mail@andrea-wechsler.de,
andrea-wechsler.de

DER NEUE R22

KOMFORT SPÜREN. NACHHALTIG EINRICHTEN.

Das neue Bürostuhlprogramm R22 überzeugt mit ergonomischer Funktionalität, erstklassigem Sitzkomfort und einem nachhaltigen Materialkonzept.

reddot winner 2023

GERMAN DESIGN AWARD SPECIAL 2023

Design IDA ID
Sven von Boetticher

www.rovo.de
 Völkle Bürostühle GmbH
 72290 Loßburg

ROVO
 SETZT ENERGIEN FREI



MIT Kreis Konstanz:

Podiums- diskussion zur aktuellen Baupolitik und bezahlbarem Wohnraum

GUK
falzkunst seit 1948.

Papierkünstler.

Seit 70 Jahren verlassen Falzmaschinen in Spitzenqualität unser Hause GUK in Wellendingen. Wir sind spezialisiert auf Anlagen für Kleinfalzungen, die jeder als Packungsbeilage kennt. Über Jahrzehnte wurde die Leistung und Einfachheit dieser Anlagen optimiert. Und nach wie vor konzentrieren wir uns mit Leidenschaft auf den Kunden und seine Bedürfnisse. Erleben Sie die Kunst des Falzens bei GUK.

www.guk-falzmaschinen.com

Die MIT im Kreis Konstanz veranstaltete im Sommer eine Podiumsdiskussion zu einem Thema, welches sowohl Unternehmer, als auch Privatpersonen umtreibt: die aktuelle Baupolitik und deren Auswirkungen auf der kommunalen Ebene. Unter dem Titel „Kreative Bau-

politik auf kommunaler Ebene - ein aktiver Beitrag zur Wirtschaftsförderung“ diskutierte MIT-Kreisvorstand Jürgen Beirer mit Vertretern verschiedener Gewerke über mögliche Lösungsansätze für eine Aktivierung der kommunalen Bautätigkeiten.

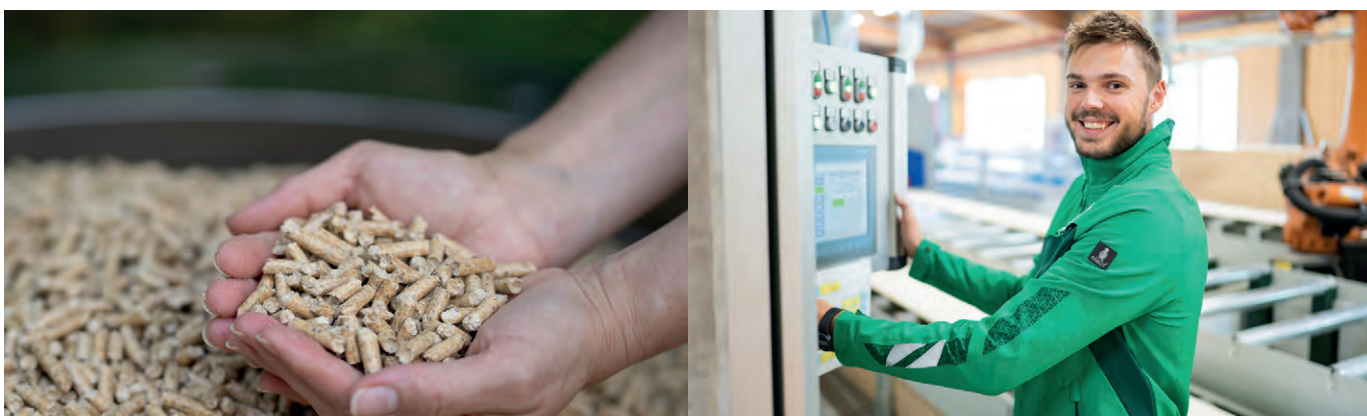
So sprachen mit dem Architekten Thomas Krämer, dem Bauunternehmer Daniel Lindenmayer vom gleichnamigen Bauunternehmen, Achim Maier von der Industriebaufirma Goldbeck und Stefan Friedrich, Bürgermeister der Gemeinde Allensbach hochkarätige Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln. Was bei der Diskussion klar wurde: es fehlt an klaren Richtlinien, die durch die Bundespolitik vorgegeben werden müssen – dies hemmt sowohl das Gewerbe, als auch Privathaushalte dabei, Bau-Investitionen vorzunehmen. Als die größten Herausforderungen wurden zudem lang andauernde Genehmigungsverfahren und fehlende Freiheiten genannt.

Dennoch gibt es auch kreative Ansätze, die die Umsetzung von Bauprojekten vereinfachen und beschleunigen. So berichtet Goldbeck-Vertreter Achim Maier von Vorfertigungen in eigenen Fabriken, die ein schnelles Bauen von besonders größeren Wohneinheiten zulassen. Auch Architekt Thomas Krämer informiert über Ansätze, die zu besseren Bedingungen führen – etwa das Bauen ohne Keller, was viel Geld

spare, oder mit alternativen, günstigeren Wohnformen im Bereich „betreutes Wohnen“.

Auch die Quersubventionierung von günstigen Wohnungen durch teurere, hochwertigere Wohneinheiten seien in der kommunalen Baugesellschaft der Gemeinde Allensbach ein Erfolgsfaktor, wie Bürgermeister Stefan Friedrich berichtet. Alles in allem konnte der Veranstaltung einiges abgewonnen werden – von den Herausforderungen durch zu viele Vorschriften und unklaren Rahmenbedingungen, die von der Politik gelöst werden müssten, bis hin zu kreativen Ansätzen, die auch weiterhin erfolgreiche Bauprojekte zulassen. Klar ist: ohne unternehmerische Aktivitäten werden auch zukünftig keine zusätzlichen Wohnräume geschaffen, die es in Deutschland dringend braucht. ■

Philipp Martin (Internetbeauftragter),
philipp.martin1@gmail.com,
mit-konstanz.de



**NATÜRLICH, NACHHALTIG, REGIONAL:
DOLD HOLZWERKE GMBH -
MITTELSTAND MIT ZUKUNFT!**



Blick hinter die Kulissen des „OPAL“

MIT Mannheim besichtigt
das Opernhaus am Luisenpark



Blick auf das imposante OPAL

Die Sanierung des Mannheimer Nationaltheaters ist eines der städtischen Großprojekte, das mit einem Gesamtvolumen von letztendlich mehr als 300 Mio. Euro den Finanzhaushalt der Stadt noch über mehrere Jahre hinweg belasten wird. Auch wenn bis zur Wiedereröffnung am Goetheplatz noch einige Jahre vergehen werden, kommt das kulturelle Leben in der Quadratstadt auch für Opernliebhaber nicht zu kurz. Im Oktober wird die Ersatzspielstätte für die Oper, das OPAL eröffnet. Die MIT Mannheim erhielt die exklusive Gelegenheit, vor der Fertigstellung hinter die Kulissen zu blicken.

Herzstück des OPAL ist eine Leichtbauhalle mit 2431 qm, die auch während der Interimszeit der großen Oper und dem Tanz ausreichend Raum bieten wird. Die Fertigstellung des Komplexes hatte sich durch die Insolvenz des Totalunternehmers verzögert. Die Stadt selbst koordiniert nun die Fertigstellung.



Tilman Pröllochs (r.) und Alexander Fleck begrüßen die Teilnehmer

Imposant erhebt sich das Eingangsportaal durch das man ins Foyer gelangt. Funktional gehalten erstreckt sich dieses über zwei Ebenen. Von dort aus betreten die Besucher den Opernsaal. Leider sind aus Kostengründen nicht alle Plätze barrierefrei erreichbar. Fast alle Sitzreihen sind schon montiert und laden zum Probesitzen ein. „Bequem“, stellt der Mannheimer MIT-



Probesitzen, noch sind die Sessel verpackt

Kreisvorsitzende und Stadtrat Alexander Fleck fest, der Mitglied des Betriebsausschusses des Nationaltheaters ist. Ein Blick geht auch in den Orchestergraben, der noch leer ist und auf seine letzte farbliche Überarbeitung wartet.



Die Drehbühne lädt zum Mitfahren ein.

Dann betreten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Bretter, die die Welt bedeuten: die Bühne. Der geschäftsführende Intendant, Tilmann Pröllochs, setzt die Drehbühne in Gang – zur Freude der Anwesenden. Aus schwindelerregender Höhe schweift dann der Blick von der Oberbühne hinauf in den Bühnenturm und wieder hinunter in den Zuschauerraum mit seinen 760 Plätzen und die Hauptbühne.



Blick auf die Opernbühne



Das Foyer zeigt sich noch unvollendet.

„Ich glaube, dass das OPAL gut angenommen werden wird. Das Haus ist trotz seiner Funktion als Interimsstätte qualitativ hochwertig gebaut und mit einer ausgeklügelten Akustik versehen. Vielleicht wird ja hieraus eine Dauerinstitution“, so Fleck, „wir als MIT werden auf jeden Fall gemeinsam eine Aufführung besuchen und wünschen den Künstlerinnen und Künstlern Hals und Beinbruch.“

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),
alexander-fleck@t-online.de,
mit-mannheim.de

GEWINNER DES PRODUCTIONS
INNOVATION AWARD





UNSERE NEUE VOLLAUTOMATISIERTE
HOCHDURCHSATZ-ANLAGE

- »» **Kompaktes Design**
zur optimalen Nutzung des Reinraums
- »» **Schnelle Prozesse**
durch hohe Prozesstemperaturen
von bis zu 170°C
- »» **Unterbrechungsfreier Produktionsfluss**
durch Lager mit bis zu 75 Plätzen und
automatischer Verladung mit
Anbindung an das Transportsystem
- »» **Verringerung der Partikelgenerierung
& Verunreinigung**
durch verbesserten Zugang und
optimierte Absaugung der Prozesskammer





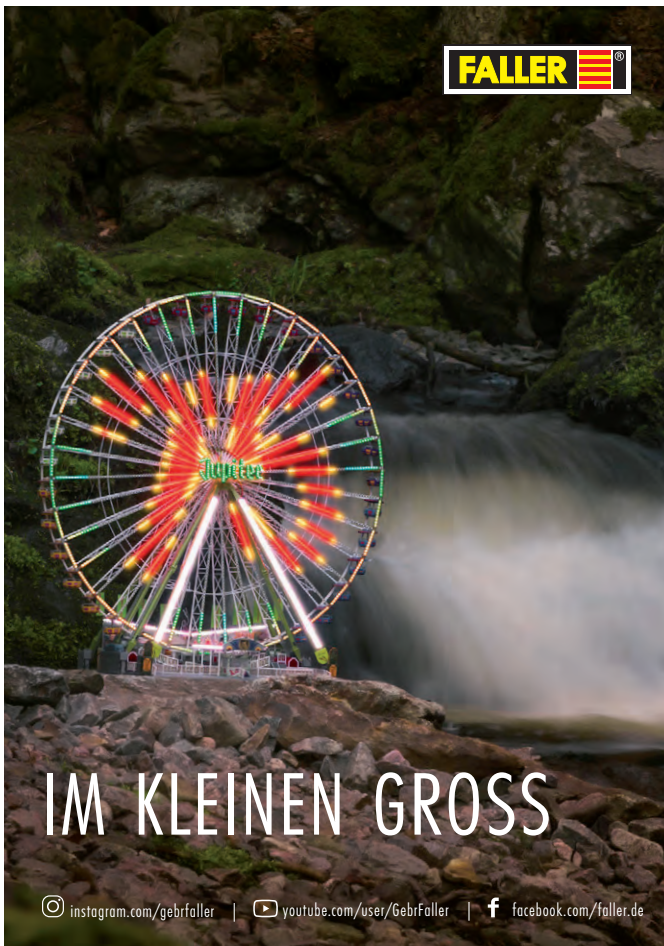


WE ARE YOUR PARTNER FOR WET PROCESS EQUIPMENT

AP&S International GmbH · Obere Wiesen 9 · 78166 Donaueschingen · Germany · 0771 8983 0 · sales@ap-s.de · www.ap-s.de

Rechtssicherheit für e-Fuels unverzüglich schaffen

Nachhaltig und CO₂-neutral



Regenerativ erzeugte synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) lassen sich aus regenerativ erzeugtem Strom mittels elektrolytisch erzeugtem Wasserstoff und aus der Atmosphäre gewonnenem CO₂ herstellen. Bei der Verbrennung von E-Fuels wird nur die Menge an CO₂ freigesetzt, die bei der Herstellung der E-Fuels aus der Atmosphäre abgetrennt wurde. Die Verwendung von E-Fuels ist somit CO₂-neutral. Pilotanlagen werden bereits mit Beteiligung deutscher Automobilhersteller betrieben.

Die so erzeugten synthetischen Kraftstoffe (E-Fuels) sind kompatibel mit heutigen Kraftstoffen und lassen sich bereits in heutigen Verbrennungsmotoren verwenden. E-Fuels können in Form von Diesel und Benzin sowie auch Flugbenzin und andere (z. B. auch Heizöl) hergestellt werden. Somit könnten bereits heutige Bestandsfahrzeuge mit E-Fuels CO₂-neutral betrieben werden.

Bestehende Infrastruktur nutzen

E-Fuels lassen weltweit in den Regionen produzieren, in denen regenerativer Strom im Überfluss und zu sehr günstigen Kosten erzeugt werden kann, z. B. in Afrika, Südamerika, arabische Halbinsel, Australien, etc.

Für den Transport der E-Fuels kann die heutige Infrastruktur 1:1 verwendet werden: Transport in heutigen Tankern, Verteilung in heutigen Pipelines, Betankung an heutigen Tankstellen ohne zusätzliche Umrüstung, Verwendung in heutigen Fahrzeugen.

Speicherbarkeit und Bevorratung

Die aktuelle Situation in der Energiewirtschaft zeigt, dass die Speicherbarkeit von Energie die zentrale Herausforderung für die Energiesicherheit der Zukunft ist. Da E-Fuels in flüssiger Form vergleichbar mit heutigen Kraftstoffen vorliegen, können sie sehr effizient und ohne Verluste auch über längere Zeiträume gespeichert werden.

Ideologische Verhinderung

Leider wird die Verwendung und Erzeugung von E-Fuels seitens EU und auch Bundesrecht durch Regularien behindert (Nicht-Anrechenbarkeit auf CO₂-Flottengrenzwerte infolge Sektortrennung, Verkaufsbehinderung durch ausstehende Normen, mangelnde Technologieoffenheit in der Klimapolitik, etc.). Die Unsicherheit, ob diese E-Fuels künftig in Deutschland und in der EU verkauft werden können, führt dazu, dass die dringend benötigten großen Investitionen in die großtechnischen Anlagen für diese Technologie derzeit von der Wirtschaft nicht getätigt werden können. Außerhalb der EU werden sich E-Fuels in großem Maße durchsetzen. Noch haben wir die Chance, dass unsere Wirtschaft sich an dieser Technologie beteiligen kann. Bei noch längerem Zögern und Verhindern innerhalb der EU werden jedoch andere Länder und Regionen der Erde (Bsp. China) auch bei dieser Technologie maßgebend werden.

Die aktuelle Situation in der deutschen Automobilindustrie (Rückgang von Verkaufszahlen, massive Sparmaßnahmen, etc.) zeigt, dass die von Grünen und SPD ideologisch getriebene Politik einer einseitigen Fixierung auf Elektrofahrzeuge die deutsche Automobilwirtschaft bereits heute ins Stottern gebracht hat und für die deutsche Automobilwirtschaft gewaltige Risiken birgt.

Rechtsicherheit jetzt unverzüglich schaffen

Der MIT-Kreisverband Reutlingen hat daher die nachfolgenden Forderungen formuliert:

Wir fordern die CDU auf Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene auf, sich mit allen Kräften einzusetzen:

1. Für eine umgehende Aufhebung des für 2035 geplanten Verbrennerverbots (Verbots von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotoren)
2. Für die umgehende Schaffung einer Rechtssicherheit, dass Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren unter Betrieb mit regenerativ erzeugten synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) auch in Zukunft betrieben werden dürfen und dass der Einsatz von regenerativ erzeugten synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) in Verbrennungsmotoren nicht länger durch Regularien behindert wird.



KÄCHELE
VIBRA STOP
FLEXIBILITY FOR YOUR SUCCESS

Kächele produziert eine Vielzahl von **Gummiformteilen** und **Gummi-Metall-Verbindungen** in fast jeder Formgebung und Ausführung.

Kächele Produkte finden Einsatz in vielen Bereichen von der Automobil- über die Baumaschinen- und Druckindustrie bis hin zur Pumpenindustrie.

Kächele bietet Ihnen alles aus einer Hand:

- Entwicklung der Teile
- Eigener Werkzeugbau
- Mischungsentwicklung und -herstellung
- Modernste Teileproduktion

Wilhelm Kächele GmbH
Elastomertechnik
Jahnstrasse 9, D - 73235 Weilheim/Teck
Tel. +49 (0)7023 103-0, Fax +49 (0)7023 103-188
www.w-kaechele.de, vibrastop@w-kaechele.de



3. Für die umgehende Schaffung einer Rechtsicherheit, dass die Erzeugung und Anerkennung von regenerativ erzeugten synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) nicht länger durch Regularien behindert wird, sondern aktiv gefördert wird. Nur durch diese Rechtssicherheit lässt sich sicherstellen, dass die Wirtschaft die für die großtechnische Erzeugung erforderlichen großen Investitionen vornehmen kann. Der hierfür erforderliche Planungs- und Investitionszeitraum von 8 bis 10 Jahren erfordert, dass diese Rechtssicherheit jetzt unverzüglich geschaffen werden muss.

Aktuell hat der MIT-Kreisverband Reutlingen diesen Antrag beim CDU Kreisparteitag eingebracht, wo er auch einstimmig angenommen wurde. Die MIT Reutlingen wird dieses Thema weitertreiben und auch auf Landes und Bundesebene einbringen. ■

Dr. Gerd Gaiser (Kreisvorsitzender),
gerd.gaiser@web.de,
cdu-kreis-reutlingen.de/mit

MIT bei der Vorsitzendenkonferenz und dem Mediasommer der CDU



Foto: Marcel Dittrich

Der Landesvorsitzende der MIT Baden-Württemberg, Bastian Atzger, repräsentierte Anfang September den Landesverband bei der Vorsitzendenkonferenz der CDU Baden-Württemberg.

Diese Konferenz tagte zum ersten Mal und soll in Zukunft den Austausch und die Vernetzung der Vereinigungen der Landes-CDU unterstützen. Bei diesem ersten Treffen kamen nahe-

zu alle Vereinigungsvorsitzenden zusammen, um sich über aktuelle politische Entwicklungen auszutauschen und gemeinsame Schnittpunkte zu diskutieren.



Präzisionsdrehteile von \varnothing 0,1 bis 12,0 mm, aus hochwertigen Werkstoffen in **absoluter Genauigkeit** und **erstklassiger Verarbeitung** in Klein-, Mittel- und Großserien.

Artur Farr GmbH + Co. KG

info@farr-feinmechanik.de
www.farr-feinmechanik.de

Im Anschluss an die Konferenz besuchten noch einige Teilnehmer das Stuttgarter Weindorf, wo in entspannter Atmosphäre die Gespräche fortgesetzt und Netzwerke weiter ausgebaut wurden. Wir danken Manuel Hagel für diese Initiative, denn diese Begegnungen sind von unschätzbarem Wert, um die Zusammenarbeit innerhalb der CDU zu stärken und unsere gemeinsamen Ziele, vor allem im Hinblick auf die Landtagswahl, zu verfolgen.

Aber auch beim Mediasommer der CDU im Baden-Württembergischen



V. l. n. r.: Julius Geier, Ruth Baumann, Manuel Hagel MdL, Bastian Atzger

Landtag war der MIT-Landesvorstand namhaft vertreten, u. a. mit Ruth Baumann der stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden und unserem CDU-Bundesvorstandsmitglied. Auch hier stand der Austausch im Vordergrund sowie die Gelegenheit, sich mit Berufspolitikern und der Basis über die zukünftige Ausrichtung der Partei zu beraten. Wir sind uns einig, dass wir den aktuellen Kurs der CDU in Richtung Leistungsgesellschaft und mehr Eigen-



V. l. n. r.: Julius Geier, Ruth Baumann, Marion Gentges MdL, Bastian Atzger



Foto: Marcel Dittrich

liegen in Baden-Württemberg und darüber hinaus voranzubringen. ■

Dr. Bastian Atzger,
atzger@mit-lvw.de,
mit-bw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... wir nur mit einem starken, aktiven Mittelstand der nächsten Generation das weitergeben können, was unsere Eltern und Gründer erschaffen haben.“



Sven Heuschele
Grundstücks- und Immobilienfachwirt
DEKRA Sachverständiger für
Immobilienbewertung
MIT Bietigheim-Bissingen

„... wir den Mittelstand wieder stärker in den Focus rücken müssen. Er ist das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft.“



Patrick Nauert
Geschäftsführer
MIT Rhein-Neckar

„... ich überzeugt bin, dass ein starker Mittelstand das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet und Impulse für Innovation und Wohlstand setzt.“



Zafer Özcan
Unternehmer
MIT Ludwigsburg

Nach dem Studium der Werbewirtschaft studierte Sven Heuschele Grundstücks- und Immobilienwirtschaft, machte eine Ausbildung zum DEKRA Sachverständigen und viele weitere Fortbildungen.

Seit 1990 war im Familienbetrieb Heuschele Immobilien & Finanzberatung tätig und ist seit 2024 Geschäftsführer der Sven & Jörn Heuschele Immobilien GBR.

„Think global - act local“ ist seit über über 34 Jahren das gelebte Motto und Erfolgsgeheimnis.

Ehrenamtlich ist er Hockeyvorstand beim BHTC und in seiner Freizeit als Golfer, Triathlet, Snowboarder, Hobbywinzer... aktiv. Die Aktiven Unternehmer Bietigheim-Bissingen und das Chapter Maja des BNI (Business Network International) sind weitere Tätigkeitsfelder.

„Man darf niemals ‚zu spät‘ sagen. Auch in der Politik ist es niemals zu spät. Es ist immer Zeit für einen neuen Anfang.“
(Konrad Adenauer) ■

Sven Heuschele,
sven.heuschele@heuschele-immo.de,
heuschele-immo.de,
ortsteilmakler.de

Patrick Nauert ist Inhaber der UHC GmbH, die sich auf die Herstellung von Reha-Hilfsmitteln spezialisiert hat.

Nach seinem Betriebswirtschaftsstudium und einer erfolgreichen Karriere in der Logistik entschied er sich für einen beruflichen Neustart.

Inspiriert durch persönliche Erfahrungen gründete er 2016 die UHC GmbH. Sein Credo: „Jeder Mensch hat es verdient, mobil zu sein!“ Mit dieser Überzeugung setzt er sich seitdem Tag für Tag dafür ein, die Lebensqualität von Menschen durch innovative Reha-Hilfsmittel zu verbessern.

Neben seiner unternehmerischen Tätigkeit engagiert sich Patrick Nauert auch in seiner Freizeit. Er ist aktives Mitglied im CDU Stadtverband Hockenheim und fungiert zudem als Senator des Karnevalvereins Hockenheim. ■

Patrick Nauert,
info@uhc-gmbh.de,
uhc-gmbh.de

Zafer Özcan ist Unternehmer mit umfassender Erfahrung im Finanzwesen und engagiert sich in verschiedenen Bereichen wie Altbaumodernisierung, Sanierungsberatung, Photovoltaik und Immobilien.

Sein Ziel ist es, nachhaltige Lösungen zu fördern, die ökonomischen und ökologischen Nutzen vereinen.

Er glaubt fest daran, dass wir durch innovative Ansätze und Zusammenarbeit die Herausforderungen des deutschen Mittelstands meistern können.

Gemeinsam stärken sie die Wirtschaft und schaffen Arbeitsplätze für die Zukunft. ■

Zafer Özcan,
info@immblick.com

Die Planwirtschaft von Agora Agrar für Küchen, Kantinen und Bauernhöfe

Der Sozialismus ist gescheitert, die Planwirtschaft geht weiter. Agora unternimmt einen neuen Anlauf, die Welt zu retten. Agora Energie-wende, eine Firma, die sich „Think-Tank“ nennt, hat vor Monaten frag-würdige Publicity mit ihren rigiden Konzepten für Wärmepumpen und Gebäudesanierungen erlangt. Kaum war er Habecks Staatssekretär, woll-te ihr Leiter Patrick Graichen den deutschen Haushalten einen Um-bauplan aufzwingen, den er seit Jah-ren als Agora-Chef ausgearbeitet hatte. Wie wir wissen, ist er an der Realität gescheitert. Die Menschen lassen sich nicht in den Heizungs-keller regieren.



Tobias Vogt Mdl, stellvertretender Landesvorsit-zender der MIT Baden-Württemberg

**LÖSUNGEN
FÜR SIE**

AUFTRAGSFERTIGUNG
PROTOTYPENBAU
KONSTRUKTIONEN



GL-GMBH.DE

**GL
TECHNICS**

Aus diesem Praxisschock hat die Agora gGmbH offensichtlich keine Lehren gezogen. Der Ableger Agora Agrar unternimmt nun einen neuen Anlauf, das Klima zu retten. Ihr Ziel: die Treibhausmissionen aus der europäischen Landwirtschaft um 60% zu senken.

Der Weg: 51% weniger Tierbestand und Fleischkonsum, über 40% weniger Milchprodukte, 42% weniger Eier, 30% weniger Fisch und 43% weniger Zucker sollen auf den Tisch der europäischen Verbraucher, dafür sollen die Menschen hauptsächlich Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte essen. Halb Europa soll bis 2045 also vegetarisch werden. Mit einem dicken Bündel aus Gesetzen, Geboten, Steuern und Subventionen will Agora Agrar innerhalb von 20 Jahren die Landwirtschaft in Europa umkrempeln. Halbierung der Viehhaltung, Umnutzung der Grünflächen, Anbau von „naturnahen Elementen“ auf 20% der Fläche, Vervielfachung des Obst- und Gemüseanbaus. Die Bauern werden wie im Schachspiel durch staatliche Lenkung umhergeschoben, ganz so, als ob es sich bei diesem Berufsstand nicht um eigenverantwortliche, selbständige Betriebe handelte, die in der Regel Flächen bewirtschaften, die in ihrem Eigenbesitz sind. Über diesen Aspekt gehen die Planwirtschaftler in ihrem missionarischen Feldzug großzügig hinweg.

Wer steckt hinter dieser Firma, wie finanziert sie sich? Agora Energiewende, Agora



Agora Agra plant den Totalumbau der Landwirtschaft und will die Europäer auf den Verzehr von Hülsenfrüchten umstellen. Minister Özdemir hat ihre Chefin in den Bioökonomierat der Bundesregierung berufen.

Bild: Shutterstock

Industrie, Agora Verkehrswende und Agora Agrar sind Lobbyorganisationen im Umfeld der Grünen. Die Direktorin von Agora Agrar zum Beispiel, Christine Chemnitz, war jahrelang Referentin in der grünen Heinrich-Böll-Stiftung. Cem Özdemir hat sie 2023 in den Bioökonomierat der Bundesregierung berufen. Insgesamt beschäftigt das Netzwerk rund 150 Mitarbeiter. Typisch für ihre Führungspersonen ist ein mehrfaches Wechseln zwischen grüngeführten Ministerien und Instituten, die immer wieder dieselben Ministerien beraten oder in ihrem Auftrag Gutachten erstellen. Aus diesen Aufträgen finanziert sich Agora jedoch nur zum kleineren Teil. Das meiste Geld (2022: 19 Mio. Euro) kommt von Stiftungen, überwiegend aus den USA, die wiederum von sehr vermögenden Leuten getragen werden. Eine Art Ablasshandel. Aber auch die Robert-Bosch-Stiftung und die Bundesregierung gehören zu den Geldgebern. „Wissenschaftliche Politikberatung“ nennt sich das dann.

Der grundlegende Denkfehler dieser „Denkfabriken“ (Eigendefinition von Agora) ist, dass ihnen völlig egal ist, was

die Menschen von ihren Ideen denken. Wie bei der utopischen Wärmepumpenverpflichtung sind die Umbaupläne von Agora Agrar im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich rein technokratische Konstrukte, die übersehen, dass die Menschen

„mitmachen“ müssen. Und dies tun sie nicht, wenn man sie zwangsbeglücken will.

Veränderungen in der persönlichen Ernährung sind möglich, aber nur, wenn sie freiwillig und aus Überzeugung geschehen. Weniger Fleischessen erreicht man nicht, indem man deutsche Schnitzel und hier produzierten Rinderbraten mit Abgaben oder gar Mengenobergrenzungen belegt. Wegen ihres „Veggie-Days“ haben die Grünen bereits einmal eine Bundestagswahl verloren. Schon vergessen?

Politische Vorschriften für das Privatleben der breiten Masse können nur scheitern. Gesellschaftliches Umdenken braucht Zeit, Geduld und vor allem auch qualitativ hochwertige Information (z. B. in Form eines Schulfachs „Ernährung“). Nichts ist für den Menschen aufwändiger als die Änderung seiner Gewohnheiten und das ist einfach zu erklären: Dazu muss das menschliche Gehirn nämlich neurologische Bahnen umbauen. Gute Politik muss dies berücksichtigen.

Agora mit seinem Netzwerk und den darin finanzierten Mitarbeitern steht tatsächlich für den wissenschaftlichen Elfenbeinturm, der die Welt im Labor nur simuliert. Wie Pippi Langstrumpf macht sich diese Firma die Welt, „wie sie mir gefällt“. Sie gibt politische Rezepte vor, ohne jemals die Betroffenen zu fragen. Warum auch? Es geht diesen Leuten nicht um die Menschen, sondern darum, das Klima vor den Menschen zu retten. ■

Tobias Vogt MdL,
tobias.vogt@cdu.landtag-bw.de,
tobias-vogt.de

 **SCHWEPA**
 Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH

Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH

Industriestraße 10
 77833 Ottersweier

Telefon +49 72 23 / 98 36-0
 Fax +49 72 23 / 98 36-90
 E-Mail info@schwepa.com

www.schwepa.com

Notwehrmaßnahme Bürokratieboykott?

Ungebremste Flut sinnfreier Vorgaben muss endlich gestoppt werden

Neuenburg, 1. Oktober 2024. Während die Ampelkoalition ein Bürokratieentlastungsgesetz beschließt, wird die Wirtschaft mit weiteren völlig überflüssigen Verwaltungsaufgaben belastet. Nur eines von vielen Beispielen ist die neue Anzeigepflicht für Lebensmittelbedarfsgegenstände, die ohne nachvollziehbaren Zweck zu beträchtlichem Aufwand in den Betrieben führt. Angesichts struktureller Probleme und der gegenwärtigen Rezession müssen die Unternehmen als Rettungsmaßnahme einen Bürokratieboykott in Erwägung ziehen.

Am 1. Juli 2024 trat die Neufassung der Bedarfsgegenständeverordnung (BedGgstV) in Kraft und mit ihr eine neue Registrierungspflicht für die Hersteller und Händler von Lebensmittelbedarfsgegenständen. Damit sind unter anderem Geschirr, Behälter und Verpackungen gemeint. Alle Betriebe, die mit diesen Produkten umgehen, sind unabhängig von ihrer Größe der Verordnung unterworfen. Bei mehreren Betriebsstätten muss jede einzeln ihre Produkte melden.

Riesenaufwand, keine Verbesserung

Diese Verordnung bringt keinerlei Verbesserung bei der Lebensmittelsicherheit, da die Hersteller solcher Waren bereits zuvor strengen gesetzlichen Pflichten unterlagen und die verwendeten Materialien ohnehin eine ausdrückliche Zulassung benötigen. Nun müssen aber auch Einzelhändler detaillierte Angaben über die Materialzusammensetzung der von ihnen angebotenen Teller, Obstschalen oder Getränkebehälter machen. Diese Meldung ist mit riesigem bürokratischen Aufwand verbunden, der sich mit jeder Betriebsstätte multipliziert.

„Ein Mehrwert für die Verbraucher ist hier nicht zu erkennen“, sagt Norbert Müller, Vorsitzender der Mittelstandsunion Breisgau-Hochschwarzwald. „Zudem werden die zuständigen Behörden jetzt wohl von einer Flut hochkomplizierter Mel-

dungen überschwemmt wohlgernekt auf Papier, denn eine elektronische Meldung ist unseres Wissens nicht vorgesehen! Während sie dann in 16 Landesämtern mit dem Ablegen beschäftigt sind, können die Lebensmittelexperten ihre eigentlichen Aufgaben natürlich nicht erfüllen.“

Deutsche Kontrollmanie versteckt sich hinter EU-Recht

Norbert Müller betont, dass es viele noch schlimmere Bürokratiemonster gibt, mit denen die Politik die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand belastet. Doch gerade an diesem Beispiel werde die Kontrollmanie der Ampelregierung in ihrer ganzen Sinnlosigkeit augenfällig.

Denn das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) begründet die Neufassung mit der Umsetzung von EU-Recht. Doch die angeführten EG-Verordnungen 1935/2004 und 2023/2006 fordern zum Beispiel für Händler keine ausdrückliche Meldepflicht und geben keineswegs die ausufernden Details der deutschen Verordnung vor. „Das ganze Gerede von der Entlastung soll nur davon ablenken, dass es bei uns mit der Bürokratie immer schlimmer wird“, befindet Norbert Müller. „Sie ist nicht der einzige Grund für die strukturelle Krise und die Rezession, in der sich unsere Wirtschaft befinden, aber sie trägt erheblich dazu bei. Inzwischen sind wir an dem Punkt angelangt, wo die Unternehmen als Notwehrmaßnahme über einen gezielten Bürokratieboykott nachdenken müssen. Die für den Einzelhandel völlig unsinnigen Regelungen der Bedarfsgegenständeverordnung drängen sich dafür geradezu auf.“ ■

Zsolt Pekker (Pressesprecher),
pekker@pekker.de,
mit-breisgau-hochschwarzwald.de

Brüssel in the Making



Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP, Beisitzerin im Landesvorstand der MIT Baden-Württemberg

Lüften Sie Energiekosten doch einfach weg.*



* Entdecken Sie die Vorteile der Helios AIR1 Kompaktlüftungsgeräte! Diese garantieren gesunde Luft und effiziente Wärmerückgewinnung. So senken Sie Ihre Energiekosten und verbessern Wohlbefinden und Produktivität Ihrer Mitarbeiter.

heliosventilatoren.de



Während Deutschland unter der Ampel-Regierung politisch gelähmt wirkt, wird in Brüssel die nächste Legislatur mit voller Kraft in Angriff genommen. Hier gilt es aktuell, die Posten handlungsbefähigter Entscheider in der Europäischen Kommission zu besetzen und deren Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre zu definieren.

Nach wochenlangen Verhandlungen stellte die Präsidentin der europäischen Kommission Ursula von der Leyen in dieser Woche ihr Kollegium der Kommissare vor. Die Kommission von der Leyen II weist nicht nur eine flachere hierarchische Struktur auf, sie setzt vor allem auf Industrie und Wettbewerbsfähigkeit sowie Vereinfachung.

Der klare Fokus auf Wirtschafts- und Mittelstandsperspektiven, den CDU/CSU-Gruppe und der EVP deutlich gefordert hatte, ist in der Besetzung klar nachvollziehbar. Sofern das vorgeschlagene Kollegium so bestätigt wird, haben 14 der 26 Posten (die Präsidentin ausgeschlossen) künftig Kommissare mit christdemokratischem Profil inne. Dabei besetzen sie Schlüsselpositionen in den Bereichen Wirtschaft und Produktivität, Innovation, Vereinfachung, Klima, Kreislaufwirtschaft, Finanzen, oder Landwirtschaft. Dies hält in Bezug auf die Mehrheiten im Europäischen Parlament, mit der Europäischen Volkspartei (EVP) als weiterhin größte Fraktion, vielerlei Möglichkeiten zur Umsetzung einer wettbewerbsfesten Industrieagenda bereit.



regulatorischen Hindernissen belasten die Wirtschaft und dabei insbesondere KMUs. Draghi fordert daher bis zu 50 Prozent Entlastung und Verhältnismäßigkeit für den europäischen Mittelstand.

Der Zeitpunkt für einen Kurswechsel könnte mit Blick auf drohende Werksschließungen von VW in Deutschland und Belgien oder neu aufflammender Diskussionen um CO₂-Flottengrenzwerte und Technologieoffenheit nicht akuter sein. Die europäische Wirtschaft braucht statt verschriebener Nachhaltigkeit eine zukunfts feste und pragmatische Perspektive, um sich in einer sich wandelnden Weltordnung behaupten zu können.

Die EVP und die CDU/CSU-Gruppe in Europa ist bereit zu liefern. ■

Prof. Dr. Andrea Wechsler MdEP,
mail@andrea-wechsler.de,
andrea-wechsler.de

Nachdem vor allem das überraschende Ausscheiden des bis dato für den Binnenmarkt und auch KMU zuständigen französischen Thierry Breton Schlagzeilen machte, ist die vorgeschlagene Zusammensetzung final. Auf Breton folgt der ebenfalls französische Stéphane Séjourné, der als Geschäftsführender Vizepräsident das schwergewichtige Dossier übernehmen soll. Das vorgestellte Kolleg muss im nächsten Schritt in Anhörungen durch das Europäische Parlament bestätigt werden. Dass alle vorgeschlagenen Kandidaten diese bewältigen, ist dabei nicht garantiert. Ihre Arbeit nimmt die Europäische Kommission voraussichtlich gegen Jahresende auf.

Währenddessen wird der vom ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi vorgestellte Bericht zur Zukunft Europas weiterhin intensiv diskutiert. Nicht nur dient er der neuen Kommission als Grundlage für eine strategische Ausrichtung in den nächsten fünf Jahren. Mario Draghi liefert auch sektorspezifische Vorschläge zur Umsetzung des abstrakten und weitgreifenden Begriffs der Wettbewerbsfähigkeit. Viele dieser finden sich in den Aufgabenbeschreibungen der vorgestellten Kommissare wieder.

Der sogenannte „Draghi-Bericht“ stellt ungeschönt die aktuelle Situation des in der Weltwirtschaft zunehmend an Bedeutung verlierenden Europas dar. Eine Mischung aus Fragmentierung, hohen Energiepreisen, Digitalisierungsrückstand, geringeren Investitionen und Innovationen oder

Rohre, Stäbe, Profile aus thermoplastischen Kunststoffen



GEHR [®]
www.gehr.de

GEHR GmbH
Casterfeldstraße 172
D-68219 Mannheim
Telefon: 0621-87 89-0
Telefax: 0621-87 89-200



IHR KOMPLETT-ANBIETER IN SACHEN KUNDENSPEZIFISCHER LÖSUNGEN

Als einer der führenden Systempartner liefern wir für Ihre Anwendung eine individuelle und ganzheitliche Lösung: Von der ersten Idee bis zur Serienfertigung in Metall, Kunststoff oder als komplettes mechatronisches System. Wir begleiten Sie mit unserem KnowHow aus über 165 Jahren Erfahrung in der Antriebstechnik.

**BURGER-
GROUP.
COM**

Mietverträge im Fokus:

Risiken erkennen und Sicherheit schaffen



Dr. Benjamin Riedel, Partner der Kanzlei SONNTAG, Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht

Ein Mietvertrag ist für viele Vermieter und Mieter weit mehr als eine Formalität. Er sichert die Grundlage des Geschäftsstandorts oder die Rendite einer Immobilie. Doch oft werden dabei wichtige Details übersehen, die langfristig zu erheblichen wirtschaftlichen Risiken führen können. Die rechtliche und wirtschaftliche Prüfung von Mietverträgen wird daher immer wichtiger.

Wirtschaftliche Risiken in Mietverträgen

Ein Mietvertrag birgt zahlreiche Fallstricke, die sowohl für Vermieter als auch Mieter schwerwiegende Folgen haben können. Zu den häufigsten Problemen zählen unklare Vertragslaufzeiten, mangelhafte Betriebskostenregelungen und unzureichend definierte Mietzwecke. Besonders in langfristigen Verträgen, die häufig über viele Jahre laufen, können kleine Unstimmigkeiten im Vertrag große finanzielle Verluste bedeuten.

Vertragslaufzeit und Schriftform – die Basis eines sicheren Mietverhältnisses

Die Laufzeit eines Mietvertrags hat eine direkte Auswirkung auf die Planbarkeit und wirtschaftliche Sicherheit beider Parteien. Gewerberaummietverträge werden beispielsweise häufig für eine festgelegte Laufzeit von 5 bis zu 30 Jahren geschlossen. Doch wenn die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform nicht eingehalten wird, kann der Vertrag vom Mieter oder Vermieter frühzeitig gekündigt werden. Das

kann wiederum zu einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden führen, weil beispielsweise kurzfristig ein neuer Mieter gefunden oder ein neues Mietobjekt gesucht werden muss.

Betriebskosten, Instandhaltung und Schönheitsreparaturen – wer trägt die Kosten?

Ein weiterer zentraler Punkt bei Mietverträgen betrifft die Regelung von Betriebskosten, Instandhaltungspflichten und Schönheitsreparaturen. Für Vermieter ist es wichtig, eine klare und wirksame Umlage der Betriebskosten vertraglich zu regeln, um ihre Kalkulation zu sichern. Für Mieter hingegen ist es von zentraler Bedeutung, genau zu wissen, welche Kosten sie tatsächlich tragen müssen, um unnötige finanzielle Belastungen zu vermeiden.

Ein gängiger Fehler besteht darin, dass Betriebskostenabrechnungen nicht präzise geprüft werden oder Klauseln zur Instandhaltung und Schönheitsreparaturen unwirksam sind. Solche Unklarheiten führen oft zu Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien und können rechtlich und wirtschaftlich schwerwiegende Folgen haben.

Mietzweck – genau definieren, um Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden

Ein häufig übersehener Punkt ist die klare Definition des Mietzwecks. Dieser regelt, wofür die gemieteten Räume genutzt werden dürfen. Fehlt eine detaillierte Vereinbarung zum Mietzweck, besteht das Risiko, dass der Mieter seine Geschäftstätigkeit nicht vollumfänglich ausführen kann. Besonders problematisch wird es, wenn der tatsächliche Nutzungszweck nicht mit den baurechtlichen Genehmigungen übereinstimmt. Dies kann dazu führen, dass Behörden oder Eigentümer-

gemeinschaften die Nutzung der Räume untersagen, was wiederum die wirtschaftliche Grundlage für den Vermieter und Mieter gefährden kann.

Anpassungen und Modernisierungen – Elektrifizierung und Photovoltaik

Ein weiterer Aspekt, der zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist die Integration moderner Technologien wie Photovoltaikanlagen und E-Ladestationen. Für Mieter und Vermieter ist es wichtig, vertraglich zu regeln, ob und wie solche Einrichtungen installiert und genutzt werden dürfen. Hierbei können auch rechtliche und steuerliche Fragen eine Rolle spielen, die unbedingt vorab geklärt werden sollten.

Lösungsansatz: Umfassende Checkliste zur Kurzprüfung von Mietverträgen

Um die vielfältigen Risiken eines Mietvertrags schnell und effizient zu identifizieren, haben wir eine „Checkliste Kurzprüfung Mietvertrag“ entwickelt. Diese Checkliste ist speziell darauf ausgelegt, einen schnellen Überblick über die wichtigsten Punkte eines Mietvertrags zu geben. Dabei geht es nicht darum, eine umfassende rechtliche Prüfung vorzunehmen, sondern die „Hot Spots“ eines

Mietvertrags zu identifizieren – also die Stellen, die häufig zu Problemen führen. Ziel dieser Checkliste ist es, sowohl Vermietern als auch Mietern eine klare Handlungsgrundlage zu geben und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vorzunehmen, bevor es zu ernsthaften wirtschaftlichen Risiken kommt.

Fazit: Frühzeitig handeln, Risiken minimieren

Ein Mietvertrag ist eine langfristige Verpflichtung, die mit vielen rechtlichen und wirtschaftlichen Fallstricken verbunden ist. Unsere „Checkliste Kurzprüfung Mietvertrag“ bietet Ihnen eine effektive Möglichkeit, potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen. Vermeiden Sie unangenehme Überraschungen und schaffen Sie wirtschaftliche Sicherheit durch klare Regelungen.

Für eine individuelle Beratung und die Durchführung der Kurzprüfung stehen Ihnen unsere Experten jederzeit gerne persönlich zur Verfügung. ■

Dr. Benjamin Riedel,
benjamin.riedel@sonntag-partner.de,
sonntag-partner.de



ERFOLG PLANBAR MACHEN.
WIR MÖCHTEN MIT IHNEN DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Durch den Einsatz innovativer Gusstechnologie erstellen wir **Aluminiumgussteile von höchster Qualität**. Aus einem Spektrum von 14 Legierungen wird das Aluminium für jede Anwendung optimal angepasst: Ob hohe Festigkeiten, Lebensmittelechtheit oder hochseetauglich – wir haben die passende Lösung und unterstützen gleichzeitig den Trend zum Leichtbau. Durch das Gießen in Sandformen sind Kleinstserien und Prototypen in ausgeprägter Komplexität möglich. Wir sind Teil der Energiewende – wir beziehen unseren Strom von unserer eigenen PV-Anlage, unser Formsand und das Aluminium werden wiederaufbereitet und erneut verwendet. So erreichen wir einen energieeffizienten Einsatz der Rohstoffe.

SCHÜLE
METALLGIEßEREI

Metallgießerei Schüle GmbH
Einsteinstraße 3 · 74372 Sersheim · 07042 8314-0
info@schuele-guss.de · www.schuele-guss.de



Innovationen und Trends der Sicherheitsbranche

Da das subjektive Sicherheitsgefühl in Deutschland durch die geopolitische Lage und die verfehlte Migrationspolitik zunehmend angespannt ist, gewinnt die physische Gebäudesicherheit zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig gibt es immer neuere und ausgefeiltere technische Lösungen, um Hab und Gut zu überwachen und zu schützen – vor allem im gewerblichen Bereich. Hinzu kommt, dass auch Regulierungen im Brandschutz weitergeführt und, zumindest im europäischen Raum, um digitale Möglichkeiten ergänzt werden. Vor diesem Hintergrund bot die Security Essen 2024 spannende Einblicke in die neuesten Entwicklungen und Trends der Sicherheitsbranche.

Sicherheitstechnologien im Fokus

Die Fachmesse zeigte deutlich, dass Digitalisierung und Vernetzung auch in der Sicherheitsbranche eine immer wichtigere Rolle spielen. Besonders im Bereich neuer Funktionen und bei remoter Maintenance gibt es stets neue Innovationen. Gebäudemanagementsysteme mit automatisierter Zugangskontrolle und Personenzählung oder Vorfallmanagement auf mobilen Geräten waren nur einige der präsentierten Lösungen. Auch wird die technische Ausstattung immer smarter und erlaubt das Aufspielen von Apps, die jedes Gerät individuell auf den Einsatz optimieren.

So können zum Beispiel identische Überwachungskameras völlig unterschiedliche Aufgaben übernehmen, bequem über mobile Endgeräte programmiert.

Cloud-basierte Lösungen über digitale Plattformen ermöglichen den Zugriff von überall und bieten eine erhöhte Sicherheit durch Gesichtserkennung und mobile Zugriffsoptionen. Im Bereich der Videoüberwachung und des Perimeterschutzes wurden verbesserte Sensoren und Erkennungsalgorithmen präsentiert, die die Erkennung von Waffen und abnormalem Verhalten wie Stürzen ermöglichen. Auch die Nachverfolgung von Objekten, Farbaufnahmen bei Nacht und die Kennzeichenerkennung wurden weiterentwickelt.

Die Technik hilft auch dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. So werden nicht nur die Verwaltung von Dienstplänen oder GPS-gesteuerte und -überwachte Patrouillengänge durch neue Softwarelösungen optimiert. Im Falle eines Alarms können auch vollautomatisch Drohnen entsandt werden, die vor Ort nach dem Rechten sehen und per KI erkennen können, ob ein Einbruch oder ein Fehlalarm vorliegt. Man kann also mit weniger Personal mehr Arbeit erledigen und größere Bereiche schützen.

CLAUS
GEBÄUDEREINIGUNG
— Meisterbetrieb seit 1947 —

SAUBER geht's besser!

- Bau-Reinigung
- Fassaden-Reinigung
- Glas-Reinigung
- Unterhalts-Reinigung
- Jalousien-Reinigung
- Schwimmbad-Reinigung
- Kehrwochen-Reinigung
- Teppichboden-Reinigung
- Winterdienste / Parkflächenreinigung
- Reinigung Photovoltaik- und Solaranlagen

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG · Vaihinger Str. 31 · 71063 Sindelfingen
Tel.: 07031-814792 · info@claus-gebauedereinigung.de · www.claus-gebauedereinigung.de



Foto: Messe Essen GmbH

Brandschutzlösungen besser bedienbar

Auch im Bereich des Brandschutzes gab es zahlreiche Neuerungen. Besonders hervorzuheben sind verbesserte Sprachalarne und drahtlose Systeme, die eine schnellere und effizientere Kommunikation im Ernstfall ermöglichen. Neue, benutzerfreundliche Bedienfelder erleichtern den Einsatzkräften von Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk die Arbeit. Systeme zur Erkennung von Wartungsfälligkeiten und zur Dokumentation von Prüfungen sorgen für mehr Sicherheit und Transparenz und notwendige Bürokratie zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften kann reduziert bzw. digital automatisiert werden.

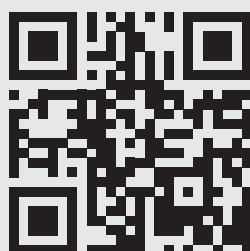
Trends und Herausforderungen

Neben den technischen Innovationen wurden auch aktuelle Trends und Herausforderungen der Branche diskutiert. Wie auch schon bei der Cybersicherheit wurden die Gefahren durch Deepfakes und ID-Kloning als ernstzunehmende Bedrohungen für die Sicherheit identifiziert. Steigende Energiekosten und politische Fehlleistungen werden weiterhin den Bedarf an sicherheitstechnischer Aufrüstung fördern, KI, IoT und Blockchaintechologie können hier jedoch mittelfristig unterstützen. Der Wettlauf zwischen Gefährdern und Verteidigern, den wir aus der IT seit langem kennen, wird somit auch bei der physischen Sicherheit digitaler werden.

Die Security Essen 2024 hat eindrucksvoll gezeigt, dass die Sicherheitsbranche auf dem Weg in eine noch digitalere und vernetztere Zukunft ist. Mit innovativen Lösungen und einem klaren Fokus auf Digitalisierung und Benutzerfreundlichkeit setzen auch gerade zahlreiche Aussteller aus dem Mittelstand neue Maßstäbe. Bei diesen sind wir in guten Händen – auch wenn es eigentlich wünschenswerter wäre, wir bräuchten diese Aufrüstung im Sicherheitsbereich erst gar nicht. ■

Dr. Bastian Atzger,
atzger@mit-lvw.de,
mit-bw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Geltz
Umwelt-Technologie



*Cleverere Lösungen
für Ihre Abfälle*

peter.mueller@geltz.com

Kerschensteinerstr. 6 ♦ 75417 Mühlacker
Tel. (07041) - 829910-0 ♦ Fax : (07041) - 829910-27
www.geltz.com

Ihr **Entsorgungs-Profi**

wir entsorgen fachgerecht :



- ▶ galv. Bäder und Spülen
- ▶ Beizen und Metallsalzlösungen
- ▶ Säuren und Laugen
- ▶ Öle, Emulsionen und Öl-Wasser-Gemische
- ▶ Benzine, Verdünnungen, Lösemittel
- ▶ Chemikalienreste und Laborchemie

Einladung zum 1. Mittelstandsforum bei „Schwenk Zement“ mit Wolfgang Bosbach am 05.11.24 19 Uhr

Wir freuen uns auf einen tollen kurzweiligen Abend.

Im Anschluss an die Veranstaltung haben Sie bei einem Stehempfang mit Imbiss genügend Zeit zu netzwerken.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSUNION ALB-DONAU/ULM

SCHWENK

1. Mittelstandsforum der MIT Alb-Donau Ulm

„Wirtschaft trifft Politik“
Wolfgang Bosbach kommt nach Allmendingen!

05.11.2024
Einlass 18:30,
Beginn 19:00 Uhr
Schwenk Zement
Betriebskantine
Fabrikstraße 62
89604 Allmendingen

autenrieth.
kunststofftechnik

Der Arbeitgeber deiner **Zukunft.**

www.autenrieth-kunststofftechnik.de

Arbeitgeber der Zukunft
UNTERNEHMER

Veranstaltungsort:
Schwenk Zement
Betriebskantine
Fabrikstraße 62
89604 Allmendingen

Beginn 19:00 Uhr
Einlass 18:30 Uhr

Anmeldung unter:

r.stoll@renosan.de,
0174 2426742
Ralf Stoll, Kreisvorsitzender

Inserentenverzeichnis

Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

Angora-Moden GmbH
angora-moden.de

1A Autenrieth GmbH & Co. KG
autenrieth-kunststofftechnik.de

AP&S International GmbH
ap-s.de

Bartholomäus GmbH
geba-emerkingen.de

Textilwerke Todtnau Bernauer
GmbH und Co. KG
beratex.com

Lothar Bix GmbH
bix-lackierungen.de

Burger Karl Maschinenbau GmbH + Co.
burger-maschinenbau.de

Claus Gebäudereinigung GmbH & Co. KG
claus-gebaedereinigung.de

Dittes Oberflächentechnik GmbH
dittes.net

Dold Holzwerke GmbH
dold-holzwerke.com

ELGO Electronic GmbH & Co.KG
elgo.de

EVO Informationssysteme GmbH
evo-solutions.com

Gebr. FALLER GmbH
faller.de

Artur Farr GmbH & Co. KG
farr-feinmechanik.de

Gehr GmbH
gehr.de

Geltz Umwelttechnologie GmbH
geltz.de

Genthner GmbH System Technologie
genthner.com

GL GmbH Metall- und Werkstatttechnik
gl-gmbh.de

GMT Gummi-Metall-Technik GmbH
gmt-gmbh.de

Grünemay & Abt KG
gruenemay-abt.de

GUK-Falzmaschinen Griesser & Kunzmann
GmbH & Co. KG
guk-falzmaschinen.de

Helios Ventilatoren GmbH + Co KG
heliosventilatoren.de

Ätztechnik Herz GmbH & Co. KG
aetztechnik-herz.de

Karl Hipp GmbH
karl-hipp.de

Kammerer Gewindetechnik GmbH
kammerer-gewinde.com

Wilhelm Kächele GmbH
w-kaechele.de

Herbert Kaut GmbH & Co.KG
kaut.info

Kierdorf & Söhne GmbH
kierdorf-soehne.de

PIT Production in Time Zerspantechnik
u. Handels GmbH
productionintime.com

PMK Kunststoffverarbeitung GmbH
pmk-maier.de

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG
gebrueder-rueckert.de

SBS-Feintechnik GmbH & Co. KG
burger-group.com

Schleith GmbH
schleith.de

Metallgießerei Schüle GmbH
schuele-guss.de

Schwarzwälder Edelputzwerk GmbH
schwepa.com

Sixt GmbH Werkzeugbau u. Stanzerei
sixt-gmbh.de

Sonntag & Partner Partnergesellschaft mbB
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,
Rechtsanwälte
sonntag-partner.de

TachoControl Data GmbH
tachocontrol-data.eu

Uhl Kies- und Baustoff GmbH
uhl-baustoffe.de

VÖLKLE Bürosthühle GmbH
rovo.de

Wiha Werkzeuge GmbH
wiha.com

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



Karl Burger Maschinenbau GmbH + Co.
Daniel-Weil-Str. 4 89143 Blaubeuren
Tel. 07344/6009 Fax 07344/3581
E-mail: info@Burger-Maschinenbau.de

MIT vor Ort

MIT Alb-Donau/Ulm

www.mit-alb-donau-ulm.de

MIT Baden-Baden/Rastatt

www.mittelstand-bad-ra.de

MIT Biberach

www.mit-bc.de

MIT Böblingen

www.mit-boeblingen.de

MIT Bodenseekreis

www.mit-bodenseekreis.de

MIT Breisgau-Hochschwarzwald

www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de

MIT Calw/Freudenstadt

www.mit-cw-fds.de

MIT Emmendingen

www.mit-emmendingen.de

MIT Esslingen

www.mit-esslingen.de

MIT Freiburg

www.mit-freiburg.de

MIT Göppingen

www.mit-gp.de

MIT Heidelberg

www.mit-heidelberg.de

MIT Heidenheim**MIT Heilbronn**

www.mit-heilbronn.de

MIT Hohenlohe

www.mit-hohenlohe.de

MIT Karlsruhe

www.mit-karlsruhe.de

MIT Karlsruhe Land

www.mit-karlsruhe-land.de

MIT Konstanz

www.mit-konstanz.de

MIT Lörrach**MIT Ludwigsburg**

www.mit-ludwigsburg.de

MIT Main-Tauber-Kreis

www.mit-main-tauber.de

MIT Mannheim

www.mit-mannheim.de

MIT Neckar-Odenwald

www.mit-neckar-odenwald.de

MIT Ortenau

www.mit-ortenau.de

MIT Ostalb

www.mit-ostalb.de

MIT Pforzheim

www.mit-pforzheim.de

MIT Ravensburg

www.mit-ravensburg.de

MIT Rems-Murr

www.mit-remsmurr.de

MIT Reutlingen

www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen

MIT Rhein-Neckar

www.mit-rhein-neckar.de

MIT Rottweil

www.mit-rottweil.de

MIT Schwarzwald-Baar

www.mitsbk.de

MIT Sigmaringen

www.mit-sigmaringen.de

MIT Stuttgart

www.mit-stuttgart.de

MIT Tübingen**MIT Tuttlingen****MIT Waldshut****MIT Zollernalb**

www.mit-zollernalb.de

MIT Nordbaden

www.mit-nordbaden.de

MIT Nordwürttemberg

www.mit-nordwuerttemberg.de

MIT Südbaden

www.mit-suedbaden.de

MIT Württemberg-Hohenzollern

www.mit-wueho.de

MIT Baden-Württemberg

www.mit-bw.de

MIT Bund

www.mit-bund.de

Impressum

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum. Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)

Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim
Telefon 07154 8025-140,
wifo@mit-lvbw.de,
www.mit-bw.de

Auflage: 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

Redaktion Wirtschaftsforum:

verantwortlich im Sinne des Presserechts
Dr. Bastian Atzger (MIT BW)
wifo@mit-lvbw.de

Verantwortlicher Redakteur:

Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

Verlag und Vertrieb:

Kaan Verlag GmbH
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen
Telefon 07571 7404-0
wifo@kaanmedia.de,
www.kaanmedia.de

Bildnachweise:

Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Shutterstock, Adobe Stock und MIT Bund.

Landesgeschäftsstelle:**Mitgliederverwaltung:**

Martina Kuttner
kuttner@mit-bw.de
07154 8025 – 144
Mo, Mi und Fr von 8-12 Uhr

Wirtschaftsforum:

Carolin Göggelmann
goeggelmann@mit-bw.de
07154 8025-145
Mo bis Do von 8-12 Uhr

Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit:

Manfred Nagel
nagel@mit-lvbw.de
0711 3412726
0170 3369229

Aufnahmeantrag



Hiermit bitte ich um die Aufnahme in die Mittelstands- und Wirtschaftsunion.
Die grau hinterlegten Felder werden von der MIT ausgefüllt.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Mitgliedsnummer	LV/KV	Kriterium
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Name, Vorname		Geburtsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
E-Mail-Adresse		Telefon
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Beruf		Firma
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Berufliche Tätigkeit		Eintrittsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>

- Selbstständig Um unsere Beziehung zu Ihnen auf Sicherheit, Vertrauen und Nachhaltigkeit aufzubauen, bitten wir Sie, uns nachfolgendes Einverständnis zu geben:
- Nicht selbstständig Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die Daten werden von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, ihren Gliederungen für die Übersendung von Einladungen, Newsletter, Informationsmaterial und des Mitgliedermagazins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen und Einladungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht.
- CDU-Mitglied
- Parteilos

Ich bestätige, kein Mitglied einer anderen Partei als der CDU/CSU zu sein.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Unterschrift des Neumitglieds	Geworben von	Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die MIT, bis auf Widerruf meinen Jahresbeitrag und die einmalige Aufnahme spende von folgendem Konto abzubuchen:

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname des Kontoinhabers	Gläubiger-ID	BIC
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geldinstitut	IBAN	
Die Aufnahme spende für meinen	Mein Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich _____ €	
<input type="checkbox"/> Kreisverband <input type="checkbox"/> Landesverband <input type="checkbox"/> Bundesverband	(Mindestbeitrag 90 €/Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch eine SEPA-Lastschrift eingezogen.)	
beträgt einmalig _____ €		

Unterschrift Kontoinhaber

Jetzt Mitglied werden!

MIT im Dialog.

**Schreiben Sie uns
Ihre Meinung!**

**z. B. zu unseren Forderungen an die
Landesregierung, zur uns belastenden
Bürokratie und zu unseren Erwartungen
an die Wirtschaftspolitik!**

wifo@mit-lvbw.de

Hier geht es zur
www.mit-bw.de



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSUNION
BADEN-WÜRTTEMBERG